KAIS.-WILH.-BIBL.-POSEN.
12. MAI. 1910

— Neunzehnter Jahrgang. —

Nr. 18.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 29. April bis 5. Mai 1910.

Posen, den 10. Mai 1910.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 99 des Dziennik Kujawski (Hohensalza) vom 3. Mai 1910:

Das Hohensalzaer Polenblatt veröffentlicht unter der Spitzmarke „Der 3. Mai" einen längeren, der Konstitution gewidmeten Artikel, in dem es u. a. heißt:

Ein Jahrestag wie der morgige sollte uns aus dem Schlafe aufrütteln und uns die allernötigsten Bedürfnisse zeigen, namentlich in dem laufenden Jahre, in dem wir binnen kurzem den Triumph Polens über die Kreuzritter zum 500. Male feiern werden; möge unsere Opferwilligkeit lebendiger werden, vor allem aber systematischer. Möge unser Feind wissen, daß wir in dem Kampfe, den wir heute mit ihm auf Leben und Tod führen, mit der Waffe der Aufklärung und der heimatlichen Kultur seine Anstürme zurückweisen wollen, weil wir mit dem Schwerte doch nicht streiten können. Am 500. Jahrestage müssen wir zeigen, daß die Ideale unserer Väter in uns leben, daß wir für sie unsere nationalen Opfer niederlegen.

Mögen uns die Worte des Dichters zum Grundsatze dienen:

„Mögen die Lebenden die Hoffnung nicht aufgeben
Und vor dem Volke die Fackel der Aufklärung hertragen
Und, wenn es nötig sein wird, der Reihe nach gehen in den Tod,
Wie von Gott auf die Schanze geworfene Steine!"

Entsprechend den obigen Worten eröffnen wir eine außergewöhnliche Sammlung unter der Bezeichnung „Spende zum 3. Mai für Bildungszwecke." Wir fordern unsere Leser auf, recht zahlreich zu dieser Spende beizusteuern, auch der geringste Betrag wird gerne angenommen.

Das eingesammelte Geld werden wir zur Hälfte an den Volkslesеverein und zur Hälfte an die Sektion der Strasch für Aufklärungszwecke abführen.

Möge unsere Aufforderung in Kujawien Gehör finden, und das Geld wird für diese edlen Zwecke sicherlich reichlich fließen.

Beiträge werden wir bis zum 31. Mai entgegennehmen.

Aus Nr. 97 des Postęp (Posen) vom 28. April 1910:

An die polnischen Landwirte.

Aus landwirtschaftlichen Kreisen erhalten wir folgende Zuschrift:

Als im vorigen Jahre das die Bevölkerung des Deutschen Reiches um 500 Millionen Mark neuer Steuern belastende Kompromiß zustande kam, wurde in den Spalten der polnischen Presse die verschiedensten Klagen auf diese neuen Steuern laut. Namentlich aus den Kreisen unserer Zigarettenfabrikanten erhoben sich Klagen auf diese neue Steuer und damit auch auf die polnische Fraktion, die durch ihre Stimmen mit zur Beschlußfassung über diese Steuer beigetragen hat.

Wir wissen nicht, ob und inwieweit dieser hier und dort der polnischen Fraktion gemachte Vorwurf berechtigt ist, daß sie in der Angelegenheit der Finanzreform und namentlich in den Fragen der einzelnen Steuern nicht solidarisch die Interessen der eigenen Gesamtheit verteidigte. Von diesen 500 Millionen Steuern entfällt der Löwenanteil — nämlich 365 Millionen auf die indirekten Steuern, die vor allen Dingen die unbemittelten breiten Schichten der Bevölkerung belasten. Nur 135 Millionen entfallen auf die direkten Steuern, die von der bemittelten Klasse der Bevölkerung getragen werden müssen. Es unterliegen der Verteuerung unter anderem auch die der armen Bevölkerungsschicht so notwendigen Artikel, wie Tee, Kaffee und Zündhölzer. Daraus geht klar die ungerechte Verteilung der Staatslasten, die Überlastung des im Schweiße seines Angesichts um das tägliche Brot arbeitenden Volkes mit neuen Steuern hervor. Und dazu hat unsere polnische Fraktion mit beigetragen. Bisher haben wir die größeren Grundbesitzer, d. h. die polnische Schlachta bei der Verteidigung unserer Gesamtheit mit unserem unerschütterlichen Vertrauen beschenkt. Heute, wo die polnische Fraktion mit einigen Steuern, die in den breiten Schichten unserer Gesamtheit die größte Unzufriedenheit hervorriefen, sich einverstanden erklärt hat, ist dieses Vertrauen zu der Schlachta völlig verschwunden.

Wollen wir in Zukunft eine ungerechte Verteilung der Staatslasten vermeiden, so müssen wir auf eigene Kräfte rechnen und den Fußtapfen der Brüder Arbeiter folgen, indem wir einen Kandidaten aus unserem Stande wählen, der das harte Los der polnischen Landwirte und die Bedeutung des Landbesitzes für unsere nationale Existenz kennt, der also die berechtigten Interessen der polnischen Landwirtschaft immer unterstützen würde.

Unser Vertreter muß solidarisch in der Verteidigung der moralischen und materiellen Interessen der polnischen Gesamtheit als Ganzes und in der Erreichung der für sie möglichen günstigen Verhältnisse des Daseins und der allseitigen Entwickelung auftreten.

Er muß weiter in der Bekämpfung der ungerechten Verteilung der Staatslasten und der Überlastung des arbeitenden Volkes durch die unnötigen Ausgaben für Heer und Marine seinen Mann stehen.

Wir haben schon heute aus dem landwirtschaftlichen Stande routinierte Menschen, die dank der eigenen

Arbeit, der eigenen Energie und Intelligenz in hervorragenden sozialen Stellungen sich befinden, die also mit den für einen Volksvertreter notwendigen Eigenschaften ausgestattet sind.

Also die Hände nicht in den Schoß legen, sondern mit eigenen Kräften wirken — wirken möglichst schnell, denn von uns selbst hängt unsere Zukunft ab.

Folgen wir also den Fußtapfen unserer Brüder Arbeiter. J. S.

Aus Nr. 3 des Goniec Wielkopolski (Posen) vom 3. Mai 1910:

Für die Aufklärung!

Nationalspende des 3. Mai und des 500jährigen Gedenktages der Schlacht bei Grunwald.

An die polnische Gesamtheit unseres Landesteils wenden wir uns mit der heißen Bitte, im laufenden Jahre, zum Andenken an die denkwürdige Konstitution des 3. Mai noch freudiger als in den verflossenen Jahren mit Gaben zu Zwecken der Aufklärung unseres Volkes zu eilen. Wir muntern dazu die Gesamtheit um so mehr auf, da wir in diesem Jahre gleichzeitig im Angesicht des 500jährigen Gedenktages des Sieges bei Grunwald stehen.

In unserem armen, traurigen und geplagten Lande können wir keine lauten Manifestationen veranstalten, daher feiern wir das Andenken großer Augenblicke unserer Vergangenheit mit dem Herzen, das von der gegenseitigen Liebe durchdrungen ist, das vor Liebe glüht für die zahlreichen Reihen unserer Brüder, die mit großer Mühe sich die nötige Aufklärung und nationale Kultur erringen müssen!

Mögen also für diesen edlen Zweck die Landsleute aus dem Großherzogtum, aus Preußen, Schlesien und der Fremde ihre Gaben spenden! Wir bitten heiß um sie für das nach Licht lechzende Volk, wir bitten um sie im Namen der Erhaltung und der Verbreitung der nationalen Aufklärung, namentlich in unseren, den größten Kämpfen mit den Feinden des Polentums ausgesetzten Grenzmarken!

Der Vorstand der Strasch.

Felizian Niegolewski, Vorsitzerder.

Aufklärungssektion der Strasch.

Bernhard Chrzanowski, Leiter.

Die Gaben bitten wir an die polnischen Zeitungen oder an das Bureau der Strasch in Posen unter der Adresse: Dr. Fr. Schroeder, Ritterstraße 12 zu senden

---

Aus Nr. 97 des Kurjer Poznański (Posen) vom 28. April 1910:

Am 27. fand im Bazarsaale hierselbst eine außerordentliche Versammlung des polnischen Provinzialwahlkomitees und der Kreisdelegierten statt, in welcher zu dem Mandat des Arbeitersekretärs Nowicki Stellung genommen wurde. Nach Verlesung eines von Nowicki an das Komitee gerichteten Schreibens, in dem N. erklärt, daß er nach dem Beschlusse des Provinzialwahlkomitees vom 29. März nicht das mindeste zu seiner Wahl beigetragen habe und daß er in Anerkennung der Wahlorganisation das amtlich bestätigte Mandat nur mit Zustimmung der vorgesetzten Wahlbehörde behalten werde, wurde die nachstehende Resolution angenommen:

1. Das Provinzialwahlkomitee erklärt mit Rücksicht darauf, daß seine Befehle nicht befolgt worden sind, daß es nur dann sein Amt behalten und erfolgreich bekleiden kann, wenn die unterstellten Wahlbehörden, die durch die hier anwesenden Delegierten repräsentiert werden, zuverlässigen, aufrichtigen Gehorsam und solidarische Unterstützung bekunden.
2. Das Volk geht über die Erklärung einer größeren Anzahl sezessionistischer Arbeiter zur Tagesordnung über, denn es ist auf Grund der nationalen Solidarität und nach dem Wahlregulativ verpflichtet, sich nur mit solchen Erklärungen und Vorwürfen zu befassen, die aus Kreisen stammen, die die legale Wahlbehörde anerkennen.
3. Das Provinzialwahlkomitee hat aus dem Berichte seines Kommissars ersehen, daß Herr Nowicki von Anfang bis zu Ende auf legalem Boden gestanden und, obwohl er auf dem Wege der Sezession gewählt wurde, unsere Wahlorganisation anerkannt und das ihm übertragene Mandat zu Disposition unserer Wahlbehörde gestellt hat. Das Provinzialwahlkomitee empfiehlt daher der allgemeinen Delegiertenversammlung die Legalisierung des Mandats des Herrn Nowicki, verurteilt dabei aber entschieden ein für alle Mal jedwede Sezession.

Aus Nr. 99 des Postęp (Posen) vom 30. April 1910:

Nach der Delegiertenversammlung.

Gestern berichteten wir über den Verlauf der Generalversammlung der Delegierten, welche in der Angelegenheit der Posener Wahlen stattgefunden hat. Von dem Ausfall dieser Versammlung hing es sehr viel ab, ob der Bruch in der Gesamtheit — nicht nur im Posener Bezirk, sondern auch im allgemeinen — sich vertiefen oder wieder ausgleichen wird.

Es ist anzuerkennen, daß die Delegiertenversammlung trotz gewisser radikalen Versuche auf der Höhe ihrer Aufgabe stand, daß man die Sache gründlich prüfte und dann das Urteil fällte, welches versöhnend auf die polnische Gesamtheit wirken wird. Die Aufgabe war angesichts der entgegengesetzten ja direkt feindlichen Strömungen nicht leicht zu erfüllen.

Zur Beschwichtigung des ganzen Streites hat nicht wenig das Provinzialkomitee beigetragen, das die Rolle des Vermittlers annahm und — wie es sich auch bei näherer Prüfung dieser Angelegenheit herausstellte — nicht so sehr schuldig war als gerade der fehlerhafte Wortlaut des neuen Wahlregulativs, wie es Prälat Wawrzyniak hervorhob. Das Provinzialkomitee hat auch die versöhnlichen Resolutionen, vielmehr die letzte Resolution, die die Legalisierung des Abgeordnetenmandats des Herrn Nowicki forderte und gleichzeitig die Sezession verdammte, eingebracht.

Das Provinzialkomitee hat jedenfalls in seiner Mehrheit eingesehen, daß ein großer Fehler darin gemacht wurde, daß man den Herrn Nowicki nicht für den legalen Kandidaten erklärte, da er doch in den Posener Versammlungen und auch in den Kreisen die Wählermajorität hinter sich hatte und die Wahlen selbst dafür zeugten, daß die überwiegende Mehrheit der Wähler hinter Nowicki stand. Die Wähler fühlten das ihnen angetane Unrecht, und sie zögerten nicht, den Schritt zu wagen — einen Schritt, den man nicht gutheißen kann — und der Wahlbehörde zum Trotz für ihren Kandidaten zu stimmen.

Dieses versöhnende Auftreten des Provinzialkomitees hat im großen Maße dazu beigetragen, den gemachten Fehler wieder gutzumachen und die Kandidatur des Herrn Nowicki zu legalisieren und damit einer weiteren Entfremdung Einhalt zu gebieten.

In der Delegiertenversammlung fehlte es nicht an Versuchen, den versöhnenden Willen des Wahlkomitees zu vernichten und die Kandidatur des Herrn Nowicki zwar zu legalisieren, aber unter solchen Bedingungen, daß Herr N., wenn er seine persönlichen Ehre schätzte, nicht hätte nach Berlin als Vertreter des Posener Bezirks fahren können.

Diese von der Gruppe der äußersten Versöhnungsparteiler unternommenen Versuche fanden keinen Beifall, im Gegenteil, sie erhielten von den Mitgliedern des Provinzialkomitees und von einer großen Zahl der Delegierten die verdiente Abfertigung, da man der Meinung war, daß es nicht Aufgabe der Delegierten sein könne, Öl ins Feuer zu gießen, sondern vielmehr zu besänftigen und die geschlagenen Wunden zu heilen. Wir können uns nicht wenig darüber wundern, welch eine direkt fanatische Stellung zwei Geistliche eingenommen hatten, von denen einer wegen beleidigender Worte sogar zur Ordnung gerufen worden ist. Daß es gerade Geistliche sein mußten, die eine so extreme Stellung einnahmen, war auffallend und sehr bedauerlich, denn gerade der Geistliche ist doch dazu berufen, Streitigkeiten zu schlichten und nicht zu verschärfen. Wir tragen das nicht allen Geistlichen Delegierten nach, denn die anderen haben einen mehr unparteiischen Standpunkt eingenommen. In unseren politischen Kämpfen haben die Geistlichen in ihrer Mehrheit immer noch nicht gelernt, einen unparteiischen Standpunkt einzunehmen, und das ist eine der am wenigsten erfreulichen Erscheinungen unseres politischen Lebens.

Eine merkwürdige Tatsache war zu verzeichnen: Dem Provinzialkomitee, das in der vorgestrigen Versammlung sehr beschuldigt wurde, stellten als erste die nationaldemokratischen Delegierten das Vertrauensvotum aus, weil sie den guten versöhnlichen Willen dieses Komitees fühlten. Die ganze Versammlung hat sich diesem Votum einstimmig angeschlossen.

Zur Anerkennung der Legalität des Herrn Nowicki hat dieser selbst durch sein Verhalten sehr viel beigetragen, da sowohl das Provinzialkomitee, wie auch alle Delegierten, sogar die radikalsten, übereinstimmend anerkannten, daß Nowicki auf legalem Standpunkte gestanden und durch nichts zu seiner Wahl beigetragen hatte. Und doch hat man auf Nowicki von seiten einiger Zeitungen und angesehener Persönlichkeiten die schwersten Vorwürfe geschleudert und ihn im ungünstigsten Lichte dargestellt! In der Delegiertenversammlung zeigte es sich, daß Herr Nowicki sich keineswegs um das Mandat gerissen und doch das Vertrauen der Wähler erworben hat. Hegen wir die Hoffnung, daß Herr Nowicki jetzt als Abgeordneter alle Kraft anstrengen wird, um das in ihn durch die Wähler gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Er erhielt das Mandat gegen seinen Willen, nur mit Zustimmung der breiten Massen des Volkes. Diejenigen Delegierten, die da behaupteten, Herr Nowicki sei durch den Terror gewählt worden, hatten Unrecht; denn wenn überhaupt terrorisiert wurde, so geschah dies auf seiten der Gegner, wofür zahlreiche, einzeln festgestellte und im Druck veröffentlichte Beweise existieren.

In der Delegiertenversammlung wurde die Sezession scharf verurteilt, man sprach aber weniger von der Vergewaltigung des Willens der breiten Wählermassen. Mehrere demokratische Delegierte, nämlich die Herren Jachowski und Grosmann aus Hohensalza, wiesen darauf sehr überzeugend hin. Mögen diesen Warnungen die Wahlbehörden — namentlich die Komitees — ihre Beachtung schenken und Kandidaten, die den Wählern unangenehm sind, nicht durchbringen wollen.

Auch wir würden es tatsächlich ehrlich wünschen, daß sich in unserer Gesamtheit die Sezession nicht mehr wiederholte, doch hegen wir die Befürchtung, daß dies nach vielen Anzeichen zu urteilen, nicht geschehen wird. In Posen hat man mehrere Male die Sezession veranstaltet als Antwort auf die den Wählern zugefügte Gewalt. Solange dieses Verhältnis, das gegenwärtig zwischen den Landkomitees und dem Stadtkomitee besteht, existieren wird, solange ist die Gefahr einer Sezession nicht beseitigt. Feuer kann man nicht mit Wasser vereinigen. Der Radikalismus der reaktionären Anschauungen der Landkomitees gegen die demokratisch-volksparteilichen Überzeugungen des Posener Komitees: das ist auch Feuer und Wasser, die sich nicht vereinigen können. Posen zählt zweimal so viel Wähler als die beiden Landkreise zusammengenommen, hat aber in der Aufstellung der Kandidatur weniger Rechte als diese. Dieses Verhältnis ist anormal, das beseitigt werden muß, will man in Zukunft nicht neue Streitigkeiten, neue Wahlkämpfe erleben. Posen wird sich in seiner Majorität nicht durch die Kreise terrorisieren lassen, und umgekehrt wollen die Kreise sich selbständig regieren.

Hier gibt es zwei Wege. Es muß notwendig ein Wechsel der Mitglieder in den beiden Wahlkomitees der Kreise erfolgen. Im Ostkreise müßten in das Komitee durch und durch demokratische Elemente mit eigener politischer Meinung gewählt werden, und ebenso müßte es in dem Westkreise geschehen. Dann wird die Verwandtschaft des politischen Gedankens die Stadt mit den Kreisen verbinden und man wird ein für alle Mal den grundsätzlichen Widerwärtigkeiten aus dem Wege gehen.

Eine zweite Sache, die ein gewisses Gleichgewicht zwischen Stadt und den Kreisen halten würde, wäre die größere Zahl der Delegierten, die Posen in den Generalversammlungen der Delegierten repräsentieren müßte. Posen hat sich riesenhaft vergrößert, die Zahl der Wähler ist unerhört gewachsen, und trotzdem hat es nur einen Delegierten, der ebensoviel zu sagen hat, wie der Delegierte aus dem Kreise Schwerin an der Warthe, der nur 300 polnische Wähler zählt. Das ist eine Anormalität, die beseitigt werden muß, was auch in der Mittwochversammlung der Prälat Wawrzyniak anerkannte. In diesem Sinne müßte auch die Änderung vorgenommen werden.

In der Delegiertenversammlung zeigte es sich ebenfalls, daß das neue Wahlregulativ unzulänglich ist und einer Änderung bedarf. Diese will das Provinzialkomitee in Zukunft beantragen. Das ist ein Beweis, daß man mit einer zu großen Hast über das Regulativ abstimmte, ja nur mit einer Stimme Mehrheit durchbrachte. So sollte es nicht sein. — —

Zum Schluß bringt der Postemp die von den extrem-konservativen Delegierten eingebrachte Resolution zum Abdruck und fordert seine Leser auf, sich die Namen der Unterzeichner dieser Resolution genau zu merken.

Aus Nr. 100 des Wielkopolanin (Posen) vom 1. Mai 1910:

Standeskandidaturen!

Weil in Posen eine Arbeiterkandidatur auftauchte und auch durchkam, spricht mit Recht ein Korrespondent im Postemp dafür, daß man bei den nächsten Wahlen einen Vertreter der Landwirtschaft in den Reichstag wählen sollte.

Will man logisch und konsequent sein, so muß man sagen, daß es sein müßte. Würde dieses jedoch geschehen,

so kämen auch die anderen Stände mit der ebenfalls begründeten Forderung der Entsendung ihres Repräsentanten in den Reichstag, z. B. die Kaufleute, dann die Handwerker, hinter diesen andere Berufe, wie landwirtschaftliche Arbeiter, Ärzte, Apotheker usw.

Mit einem Wort, würden wir diesen Gedanken konsequent durchführen, so verlören wir den nationalpolnischen Charakter unserer Reichstagsfraktion und verwandelten dieselbe in eine Standesfraktion.

Doch auch andere Folgen würden aus dieser konsequenten Durchführung des Grundsatzes erwachsen: nämlich, daß man die Abgeordneten nach dem Stande und nicht nach ihren Fähigkeiten wählen müßte. Unsere bisher verhältnismäßig friedliche Gesamtheit zerfiele in Stände, die sich scharf bekämpfen würden.

Die Standeskämpfe, die sich durch die Verschiedenheit der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen und in dem Grade der Auffassung derselben unterscheiden, müssen zersetzend wirken und sie würden den Gedanken der Zusammengehörigkeit und der nationalen Einheit töten. Das würden also die unabwendbaren Folgen der konsequenten Durchführung des Grundsatzes sein, daß die einzelnen Stände ihre Vertreter im Reichstage haben müßten.

Aus Nr. 101 des Kurjer Poznański (Posen) vom 3. Mai 1910:

In Sachen des im Entstehen begriffenen

„Nationalbundes"

schreibt der Schriftführer des polnisch-demokratischen Vereins, Rechtsanwalt Dr. Mieczkowski, dem Kurjer u. a.:

.... Jedes Streben nach Belebung der Bewegung auf unserer politischen Scholle halte ich für eine günstige Erscheinung. Das Entstehen einer neuen beachtenswerten politischen Organisation sollte zur Belebung dieser Bewegung beitragen. Ich begreife jedoch, daß der Nationalbund, sofern sein Programm nicht wesentlichen Abänderungen unterworfen werden sollte, die entsprechenden Vorbedingungen haben wird, um in unserem politischen Leben eine ernste Rolle zu spielen.

Die Tatsache, daß man auf die Standarte des Nationalbundes „keine Dogmen" verzeichnet hat, außer Gehorsam gegenüber den Wahlbehörden, halte ich für einen prinzipiellen Fehler. Eine politische Organisation besitzt nur dann die Bedingungen für Existenz und Fortentwickelung, wenn sich in ihr Leute von gemeinsamen Grundsätzen und politischen Ideen, die in der Volksgemeinschaft nicht allgemein anerkannt werden, zusammenschließen. Zweck einer solchen Organisation ist, die Ideen, welche nach ihrer Überzeugung den nationalen Interessen am besten dienen, der Volksgemeinschaft einzuimpfen und ihnen die größtmöglichste Verbreitung zu verschaffen. Natürlich muß jede Organisation außerdem gewisse Losungen allgemeiner Natur anerkennen und unterstützen, welche alle Mitglieder der Volksgemeinschaft ohne Ausnahme verpflichten. Aber ein klares Vorzeichnen der Richtung, nach welcher hin die Bestrebungen der sich organisierenden Gruppe sich bewegen werden, ist unerläßlich. Jedes denkende Mitglied sollte sich darüber Rechenschaft ablegen, weshalb es dieser und nicht einer anderen politischen Organisation beitritt. Wird man wirklich für eine Organisation, deren leitende Gewalt durch keine politische Dogmen gefesselt sein wird, eine ansehnliche Zahl von Anhängern gewinnen können? Man könnte mir vorwerfen, die Notwendigkeit, die Richtung des Handelns des Nationalbundes klar vorzuschreiben, liege darum nicht vor, als es sich von selbst verstehe, daß das nationale Interesse das höchste Dogma für die leitende Gewalt des Vereins sein werde. Dieses Dogma unterliegt natürlich in keiner nationalen Organisation der Diskussion. Aber gerade die Mittel und Wege, durch die man den nationalen Interessen am besten dient, bilden den Kern des Unterschiedes in den Anschauungen der politischen Lager.

Angesichts des Mangels jedweder Fingerzeige für den Hauptrat liegt die Gefahr vor, daß sein Handeln der Merkmale der Planmäßigkeit und der Konsequenz entbehren und von seiner zufälligen Zusammensetzung abhängig sein wird. Beschlüsse in Sachen der aktuellen Politik, die hinsichtlich der Richtung einander widersprechen, können ein Chaos der Auffassungen herbeiführen und die besten Bestrebungen des Vereins lähmen.

Gänzlich parteilos können Organisationen mit allgemein nationalen Zielen bei Ausschluß der Politik in des Wortes strenger Bedeutung sein. Eine solche Organisation ist z. B. der Straschverein, in welchem ein großer Teil der Absichten des Nationalbundes sich verwirklichen ließe, wäre nicht die Tatsache, daß gerade die Initiatoren der neuen Organisation der Arbeit im Straschverein aus dem Wege gehen. Eine parteilose Organisation, welche Angelegenheiten der laufenden Politik entscheiden soll, trägt den Keim des Zerfalls in sich. Selbst in Parteiorganisationen, die sich auf ein genaues Programm stützen und Leute von den gleichen oder von verwandten politischen Überzeugungen zusammenscharen, kommen oft so scharfe Reibungen, so tiefgehende Meinungsverschiedenheiten vor, daß sie die einzelnen Mitglieder und manchmal sogar einen ansehnlichen Teil derselben veranlassen, aus der Organisation auszutreten. In einer Organisation, in welcher sich Elemente von sehr divergierenden, manchmal einander diametral zuwiderlaufenden politischen Überzeugungen zusammenfänden, könnte es natürlich nicht besser, sondern nur schlimmer sein. Dem Hauptrat wäre geradezu die Möglichkeit geboten, Entschließungen zu schaffen, die, soweit es sich um grundsätzliche Angelegenheiten handelte, nicht einen gewissen Teil der Mitglieder unlustig stimmen würden.

Den Initiatoren des Nationalbundes ist daran gelegen, für die Organisation die breitesten Kreise unserer Volksgemeinschaft zu gewinnen. Ich weiß auch, daß sie den Beitritt der Mitglieder der bisher einzigen politischen Organisation, des polnischen demokratischen Vereins, wünschen. Ich bezweifle jedoch, daß dies möglich sein wird, wobei ich betone, daß ich nur meine persönliche Ansicht ausspreche.

Die Mitglieder des polnischen demokratischen Vereins haben ein genau formuliertes Programm, nach dessen Grundsätzen sie sich in ihrer politischen Tätigkeit richten müssen. Sie haben ferner den Hauptrat, dessen Weisungen sie in Sachen der politischen Taktik verpflichten. Würden sie zwei besonderen politischen Organisationen angehören, so würden sie dem ausgesetzt sein, daß jede derselben in der gleichen Angelegenheit einen anderen Standpunkt einnehmen und ihre Mitglieder entgegengesetzte Wege für das politische Verhalten weisen würde. Einem solchen Konflikt wird sich bestimmt keines der Mitglieder des polnischen demokratischen Vereins aussetzen wollen.

Daß der polnische demokratische Verein danach streben wird, sich in Angelegenheiten, welche das Einnehmen eines gleichmäßigen Standpunkts seitens der ganzen polnischen Volksgemeinschaft heischen werden, mit der neuen Organisation zu verständigen, das unterliegt keinem Zweifel. Die Verständigung wird auf der Grundlage des gemeinsamen Meinungsaustausches der Vorstände der beiden Vereine eintreten können. Auf diese Weise läßt sie sich leichter erreichen als in dem Rahmen eines Vereins, in welchem notwendigerweise

jede Seite danach streben müßte, daß die von ihr anerkannten Grundsätze sich den entscheidenden Einfluß erobern.

Dr. Wladislaus Mieczkowski.

Hieran knüpft der Kurjer seinerseits folgende Bemerkung:

Mit den Ausführungen des Herrn Dr. Mieczkowski sind wir durchaus einverstanden. Wir möchten sie noch durch einige eigene Bemerkungen unterstützen.

Das charakteristische Merkmal des Aufrufs der Initiatoren des Nationalbundes ist tatsächlich sein Mangel an einem deutlichen politischen Charakter, seine politische Farblosigkeit. Die Initiatoren nennen es Parteilosigkeit. Was wir von einer solchen Parteilosigkeit halten, das haben wir vor kurzem gesagt. Übrigens finden unsere damaligen Äußerungen gegenwärtig ihre Bestätigung durch die Unterschriften der Journalisten unter dem Aufruf. Unterzeichnet sind ausschließlich die Redakteure der drei hiesigen Blätter, die sich dem polnischen demokratischen Verein entgegenstellen. Wir gedenken natürlich keineswegs, alle Initiatoren der politischen Unaufrichtigkeit zu beschuldigen. Neben solchen Leuten nämlich, die da wissen, was sie wollen, sich aber nicht dazu bekennen mögen, fehlt es auch nicht an solchen, die etwas wollen, aber noch nicht genau wissen, was. Es genügt, auf den mosaikähnlichen Charakter der unter dem Aufruf stehenden Personen hinzuweisen. Wir sehen darunter, ohne jemanden zu nahe treten zu wollen, nicht allzuviel Bürger, die im öffentlichen, besonders im politischen Leben eine hervorragende Rolle spielen; dafür sehen wir verhältnismäßig viele Unterschriften, die man als aus Artigkeit geleistet charakterisieren kann.

Die Bestimmung der Aufgaben des Nationalbundes ist auch so allgemein gehalten, und trotz dieser Allgemeinheit so jeder Anlehnung an breitere und tiefere politische Grundsätze bar, daß sie solche Leute wenig anregt, die an strenges politisches Denken und positives politisches Handeln gewöhnt sind. Soweit es sich hingegen um konkret gefaßte Aufgaben handelt, tritt in ihnen wiederum ein Vergafftsein in den laufenden Moment, in den einen Augenblick zu Tage, welcher eine weitere politische Perspektive verhüllt. In dem Absatz z. B., welcher den Zusammenhalt der Volksgemeinschaft betrifft, lesen wir, daß der Nationalbund bei jeder Aktion, in welcher unsere Volksgemeinschaft das Recht habe, als politisches Ganzes aufzutreten, Gehorsam gegenüber unserer legalen Wahlbehörde beobachten werde. Dieser Satz ist schon geradezu unlogisch; er spricht nämlich im Anfang allgemein von dem Zusammenhalt, und im Schluß steigt er auf den speziellen Boden der Wahlangelegenheiten herab. Wir wiederholen, daß eine solche Form des politischen Denkens nicht sehr anregt.

Wir haben uns der Hoffnung hingegeben, daß das, was der Aufruf nicht ausspricht, wenigstens zum Teil die auf dem Boden des Nationalbundes stehende Presse hinzusetzen und daß sie die Ziele und Aufgaben der neuen Organisation etwas genauer und tiefer bestimmen werde. Auch diese Hoffnungen trogen jedoch.

In dem Artikel des Dziennik Poznanski lesen wir eingangs von der „gemeinsamen Arbeit der Anhänger von Plannäßigkeit und Ordnung in unserem politischen und sozialen Leben." Wir bekennen, daß für uns weder die „gemeinsame Arbeit" ohne nähere Bezeichnung, noch „Plannäßigkeit und Ordnung" genaue politische Begriffe sind, welche als Ausgangspunkt für eine Organisation dienen könnten, die wirklich lebensfähig werden würde. Noch in demselben ersten Absatz hebt der Dziennik hervor, daß der Nationalbund „keine politische Partei," daß er also keine politische Parteiorganisation sein werde. Der zweite Absatz geht weiter. Er schließt nämlich mit der Behauptung, daß der Nationalbund überhaupt „keine politische Organisation" sein solle. In diesem Falle wissen wir in der Tat nicht, was der Nationalbund in Wirklichkeit sein soll. Wir verstehen nicht, wie eine unpolitische Organisation unser politisches und soziales Leben beeinflussen wollen kann.

In einem der Schlußabsätze seines Artikels bezeichnet der Dziennik von neuem, den Charakter des Nationalbundes als den einer parteilosen Organisation, welche alle Wohlgesinnten zusammenschare, die das Wohl der Allgemeinheit über Parteirücksichten und -Interessen stellten unter der gemeinsamen Standarte der Arbeit für die Nation."

Wir wundern uns in der Tat, daß eine solche politische Sprache ein Blatt spricht, welches als das Organ einer realen Politik gelten will. Wenn die neue Organisation diese Wege gehen wird, dann wird sie bald im Meere einer hohlen politischen Phraseologie zerfließen und nicht zur Ausbildung, sondern zur Verzerrung des politischen Denkens in unserer Volksgemeinschaft beitragen.

Durch diese ufer- und bodenlose Phraseologie haben gewisse Faktoren den Straschverein an den Rand des Abgrundes gebracht. Es scheint, daß es bei uns nicht an Elementen fehlt, die das Leben nie etwas lehrt. Und es fehlt in unserer Volksgemeinschaft auch nicht an Neigung zu einer auf kurze Distanz berechneten Begeisterung. Man zog sich vom Straschverein zurück, sobald die reale Arbeit auf ernstere Schwierigkeiten stieß. Der Straschverein, das ist heute schon etwas Altes, es gilt, etwas „Neues" zu schaffen. Nach 3 Jahren wird der Nationalbund, sofern er dieses Alter erleben wird, schon ein „veralteter" Trumpf sein; dann wird man eine „neue" Losung ausgeben usw. Das liegt schon im polnischen Temperament.

Die um den polnischen demokratischen Verein gruppierten Faktoren werden zweifellos der Spur und Tradition dieser polnischen Fehler nicht folgen. Unsere persönliche Ansicht ist folgende: Wenn der Nationalbund allgemeine, den Aufgaben des Straschvereins verwandten nationalen Zielen dienen soll, dann gehört es sich nicht, eine neue Organisation zu schaffen, sondern seine Kräfte in den bereits bestehenden Straschverein zu verlegen. Wenn es sich den Initiatoren des zu gründenden Nationalbundes um den Einfluß auf die Richtung der Politik unserer Volksgemeinschaft handelt, dann mögen sie ihren politischen Charakter klar kennzeichnen, damit die Volksgemeinschaft wisse, mit wem und womit sie es zu tun hat.

Heute werden die Initiatoren in unseren Ausführungen wahrscheinlich einen Beweis großen Übelwollens erblicken. Sie werden in Zukunft ihre Meinung vielleicht ändern, wenngleich wir nach allzu unangenehmen Erfahrungen Befürchtungen hegen. Wie übrigens unsere Ausführungen auch aufgenommen werden mögen, wünschen wir dem Nationalbund Glück, obgleich wir die Befürchtung nicht verhehlen können, daß unser Wunsch nicht in Erfüllung gehen wird.

Aus Nr. 98 des Goniec Wielkopolski (Posen) vom 29. April 1910:

Aufruf.

Es haben sich in unserm politischen Organismus empfindliche Mängel gezeigt. Unsere Organisationen ergänzen sich nicht vollständig. — Es herrscht in der Gesamtheit ein große Verschiedenheit der politischen Anschauungen, und

es ist keine Möglichkeit vorhanden, die strittigen Fragen in einer sachlichen Diskussion zu erledigen. In den breiten Kreisen der zur Leitung unserer Angelegenheiten berufenen Bürger herrscht eine Unlust zur öffentlichen Arbeit. Aus diesen Erfahrungen geht die Notwendigkeit einer Besserung der Verhältnisse hervor.

Eine Besserung der Verhältnisse erwarten wir nicht von der Gründung einer Partei. In unsern Verhältnissen ist es fast unmöglich, ein Programm einer Parteipolitik aufzustellen. Vor allen Dingen ist es in unser politischen Lage sehr schwer, wenn nicht überhaupt unmöglich, die Parteipolitik so zu leiten, daß nicht daraus ein Bruch in der Gesamtheit entstände und daraus ein Nutzen für unsere gemeinsamen politischen Gegner erwachse. Es ist sehr schwer, die durch den Parteikampf erregten Reihen in solcher Zucht zu halten, daß die Streitigkeiten sofort auf Befehl der gemeinsamen Wahlbehörde aufhören.

Deswegen werden wir eine Partei nicht gründen.

Wir wollen eine Organisation gründen, in welcher sich alle Elemente treffen könnten; einen Verein mit dem Sitz in Posen. An seiner Spitze soll ein Vorstand mit dem Charakter der verwaltenden Behörde und ein zahlreicher Rat stehen, in dessen Händen die Leitung der politischen Richtung ruht; in der Provinz Vertrauensmänner und Zweigorganisationen mit dem Recht der Entsendung von Delegierten zum Rat. Der Charakter der Organisation ist angepaßt dem Charakter der Tätigkeit. Unsere Tätigkeit soll nun folgende Richtungen einschlagen:

1. Bei uns herrscht eine große Verschiedenheit der Meinungen, und es gibt keine Gelegenheit einer ruhigen Verständigung auf gemeinsamem Terrain. Daraus entstehen Verschiedenheiten, manchmal nur scheinbare, die aber einen Bruch der Gesamtheit schaffen. Daher wünschen wir, daß unserer Vereinigung Vertreter aller Schichten angehören. Möge jeder, der sich ein selbständiges Urteil gebildet hat und gewillt ist, dasselbe mit anderen zu teilen und über die Angelegenheiten der Gesamtheit nachzudenken — unserer Vereinigung beitreten. Wir garantieren ihm die Freiheit der Äußerung seiner Gedanken. Wir wünschen nicht die Freiheit seiner Worte zu fesseln. Wir sind nämlich davon fest überzeugt, daß die Streitigkeiten zwischen uns in der gegenseitigen Unkenntnis ihren Grund haben. Wir kennen nicht genau die Motive der gegnerischen Partei und auch nicht ihre Beweggründe, von denen sie sich leiten lassen.

2. In den breiten Kreisen der Bürger, die vielleicht am meisten berufen sind, in den öffentlichen Angelegenheiten ihre Stimme zu erheben, herrscht eine Unlust zur Teilnahme am öffentlichen Leben; diese Leute meiden die Versammlungen und Sitzungen. Die Ursache ist in der marktschreierischen Art der Agitatoren zu suchen, die dadurch die ruhigen und denkenden Menschen abschrecken. Infolgedessen kann sich unser politisches Leben nur nach einer einseitigen Richtung bewegen. — Wir wünschen also in unseren Versammlungen uns zur öffentlichen Tätigkeit vorzubereiten, damit jeder mit seiner eigenen Meinung und Anschauung die öffentlichen Versammlungen besuchen könnte.

3) Der politische Gedan keschwindet bei uns immer mehr. Die öffentlichen und Vereinsversammlungen, in welchen der Wille der Gesamtheit sich offenbaren sollte, könnten in der Seele der Gesamtheit nicht die ihrer Verfassung entsprechende Idee herausmeißeln. Dazu sind unsre öffentlichen Versammlungen zu kurz und zu stark besucht. — Eine Meinung kann sich in ihnen nicht herausbilden. Und doch ist es die höchste Zeit, daß sich diese Meinung herausbildet und an der Leitung unserer Angelegenheit teilnimmt. Die Gesamtheit müßte ihr eigener Vormund werden und nicht erlauben, sich von gelegentlichen Führern leiten zu lassen. Solche Führer, die nicht aus dem Vertrauen der ganzen Gesamtheit herausgewachsen sind, können dieser eine Richtung geben, die die Volksgesamtheit gar nicht wünscht. Daher werden wir in unseren Reihen den politischen Gedanken verbreiten. Dieses werden wir durch Besprechungen der verschiedenen parlamentarischen, sozialen und wirtschaftlichen Zeitfragen erreichen. Im Bedarfsfalle werden wir Zeitschriften, Aufrufe und Broschüren herausgeben. So also werden wir eine politische Schule schaffen.

4) Ein Volk wird nur dank der Zusammengehörigkeit und des guten Willens aller eine Volksgesamtheit. Daher werden wir bei jeder Aktion, in der unsre Gesamtheit das Recht hat, als politisches Ganze aufzutreten, unseren legalen Wahlbehörden gehorsam sein. Über dieses eine Gehorsamgebot hinaus werden wir keine politischen Dogmen auf unsere Fahnen schreiben.

In unserer öffentlichen Tätigkeit wird uns das ethische Ideal Wegweiser sein. In dem schweren Kampfe, den wir um die nationale Existenz führen, dürfen wir die Gesamtheit nicht vergessen lassen, daß die Quelle der Volkskraft die moralische Gesundheit des Volkes ist, und der Glaube an den Sieg der Wahrheit und der Gerechtigkeit.

Mit diesem Anruf wenden wir uns an die Volksgesamtheit. Jeder echte Pole, der unserer Sache und nicht Parteiinteressen zu dienen wünscht, kann bei uns eintreten.

Bisher haben wir noch keine Vereinigung gegründet, da wir wünschen, daß alle, die in unsere Vereinigung einzutreten beabsichtigen, alle Rechte eines Gründers erhalten.

Wer zu der konstituierenden Versammlung eingeladen zu werden wünscht, der möge seine Adresse an die Unterzeichneten einsenden.

Wladimir Adamski. Dr. Bogdan Amrogowicz aus Rzeszynka. Geistlicher Bajerowicz. Jasmary Borowski aus Stralkowo. Dr. Boleslaus Brodnicki aus Groß-Koluda. Dr. Boleslaus Broekere. Stanislaus Brzozowski. Dr. Witold Celichowski. Stanislaus Chmielewski. Thaddäus Chrzanowski aus Koscianek. Boleslaus Danielewski. Prof. Dr. Drygas. Dr. Thaddäus Dembinski. Jarogniew Drwenski. Dr. Boleslaus Erzepki. Martin Gawlak aus Wreschen. Albin Glabisz. Thaddäus Glabisz aus Kobylepole. Geistlicher Gladysz aus Komornik. Titus Glock. Felix Gorski. Kasimir Grabowski aus Zbietki. Dr. Adalbert Grabowski. Ludwig Hojnacki. Josef Jasinski. Dr. Stanislaus Jerzykowski. Ladislaus Jesiorowski aus Miloslaw. Geistlicher A. Jozewicz aus Kosciejzki. Miezislaus Kapczynski. Dr. Adam Karwowski. Prof. Dr. Stanislaus Karwowski. Johann Kasprowski. Stanislaus Kieszek. Stefan Koszewski. Dionisius Krolikowski. Franz Kurowski. Czech Kusztelan. Franz Laurentowski. Z. Lewandowski. Geistlicher Miezislaus Labendzki aus Wreschen. Valerian Lebinski. Karl Maliski. Ludwig Miklaszewski. Geistlicher Leo Nieradzinski aus Grabow. Luzian Osten. Telesphor Otmianowski. Stanislaus Panienski. Stanislaus Pfitzner. Leo Plucinski aus Swadzim. W. Plucinski. Miezislaus Powidzki. Peter Rejminiak. Sigismund Rychlowski. B. Samolinski. Stanislaus Sczaniecki aus Gnesen. Geistlicher Nikolaus Swinarski. Dr. Wenzel Swinarski. Vinzent Szpotanski. Dr. T. Szuldrzynski aus Bolechowo. Dr. Sigismund Szuldrzynski. Sigismund Ulatowski. Anton Warajter. Stanislaus Wegner. Josef Winiewicz. Wenzel Witkowski. Adam Wolinski. Vinzent Wozniak. Severin Wrzesinski. Johann Wyrembecki. Vitalis Zielinski. Adam Graf Zoltowski aus Jarogniewice.

Satzungen.

§ 1.

Der Nationalbund (Związek Narodowy) ist ein Verein mit dem Sitz in Posen und bezweckt:

1. die Aufklärung der Volksgesamtheit in nationalen, sozialen und politischen Angelegenheiten auf polnischer und katholischer Grundlage,
2. die Vorbereitung einer einheitlichen Aktion der ganzen Volksgesamtheit in öffentlichen Angelegenheiten, soweit das nationale Interesse eine solche Einheitlichkeit erfordert,
3. die unbedingte Unterstützung der von der Volksgesamtheit eingesetzten Wahlbehörden.

§ 2.

Mittel zum Zweck:

1. Diskussionen in Hauptversammlungen, die nötigenfalls mit einem Beschluß der Versammlung beendet werden,
2. Veranstaltung von öffentlichen Konferenzen,
3. Informierung der Presse sowie Herausgabe von Aufrufen und Zeitschriften,
4. aktive Beteiligung an allen Kundgebungen unseres öffentlichen Lebens (Wahlen, Volksversammlungen, öffentlichen Versammlungen usw.).

§ 3.

An der Spitze des Vereins steht ein Rat, der sich aus 30 Mitgliedern und einem aus 6 Mitgliedern bestehenden Vorstand zusammensetzt. Die in der Hauptversammlung in den Rat und Vorstand gewählten Kandidaten (36) wählen in einer gemeinsamen Versammlung aus ihrer Mitte die Mitglieder des Vorstandes und bestimmen deren Ämter. Jedes Jahr scheiden aus der Mitte des Rats 10 Mitglieder und aus dem Vorstand 2 Mitglieder aus. In den beiden ersten Jahren werden die Ausscheidenden durch das Los bestimmt.

§ 4.

Der Vorstand setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter, dem Schriftführer, dem Kassierer und zwei Beisitzern.

Der Vorsitzende beruft mindestens einmal im Monat eine Vorstandssitzung ein. Auf Verlangen dreier Vorstandsmitglieder muß der Vorsitzende eine Vorstandssitzung innerhalb drei Tagen einberufen. Zur Beschlußfassung ist die Anwesenheit von mindestens drei Vorstandsmitgliedern erforderlich. Bei Stimmengleichheit fällt ein Antrag durch.

Der Vorstand nimmt Mitglieder auf, schließt solche aus, bereitet die Hauptversammlungen (§ 6) und die Sitzungen des Rats (§ 5) vor, vollzieht die Beschlüsse der Hauptversammlung und des Rats und vertritt als Verwaltungsbehörde den Bund nach außen. Die Abstimmung geschieht öffentlich, bei Ausschließung von Mitgliedern oder auf Antrag eines Vorstandsmitgliedes geheim. Zur Ausschließung eines Mitgliedes ist die Anwesenheit und Zustimmung von vier Vorstandsmitgliedern erforderlich. Einem ausgeschlossenen Mitgliede steht das Recht der Berufung an den Rat zu.

§ 5.

Die nicht in den Vorstand gewählten Mitglieder bilden den Rat in der Zahl 30. Der Rat wählt einen Vorsitzenden und seinen Stellvertreter. Den Rat beruft der Vorsitzende des Bundesvorstandes im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Rats mindestens einmal vierteljährlich oder auf jedes Verlangen des Vorsitzenden des Rats oder von zehn Mitgliedern desselben ein.

Der Rat spricht die endgültige Entscheidung des „Bundes“ aus und erläßt Beschlüsse, welche die Mitglieder bei gemeinsamen öffentlichen Aktionen verpflichten. Der Rat hat in einer Hauptversammlung oder in einem schriftlichen Aufruf seinen Standpunkt zu begründen. Zur Beschlußfassung sind die Hälfte der Mitglieder des Rats (§ 8), mindestens aber 15 Mitglieder erforderlich. In den Versammlungen des Rats haben die Mitglieder des Vorstandes das Recht, mitzusprechen und abzustimmen, ausgenommen bei Angelegenheiten, die den Vorstand betreffen.

§ 6.

Die Hauptversammlung des Bundes beruft der Vorstandsvorsitzende im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Rats mindestens halbjährlich ein. Der Vorsitzende des Rats leitet sie.

Die Hauptversammlung:

1. beschließt die vorbereitenden Resolutionen für den Rat,
2. wählt die Kandidaten für die Mitglieder des Rats und des Vorstandes (§ 3),
3. nimmt den Vorstands- und Kassenbericht entgegen.

Die Abstimmung in den Versammlungen findet öffentlich statt. Auf Verlangen eines Drittels der versammelten Mitglieder, von zehn Mitgliedern des Rats oder der Mehrheit der in einer Versammlung der Vorstandsmitglieder Anwesenden muß jede Abstimmung bis zur nächsten Versammlung verschoben werden, die dann spätestens in zwei Wochen stattzufinden hat.

Eine Hauptversammlung hat der Vorsitzende des Vorstandes innerhalb zwei Wochen einzuberufen; auf Verlangen des Vorsitzenden des Rats, oder auf schriftlichen Antrag von zehn Mitgliedern des Rats, oder von fünfzehn Bundesmitgliedern.

Die Versammlung entscheidet mit absoluter Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder.

Alle die Tagesordnung betreffenden Anträge kommen nur dann zur Abstimmung, wenn sie dem Vorsitzenden der Versammlung schriftlich mitgeteilt werden.

§ 7.

Die Beiträge sind freiwillige.

§ 8.

Der Vorstand hat das Recht, im Einvernehmen mit dem Rat auswärtigen Mitgliedern jederzeit den Charakter von Vertrauensmännern zu verleihen. Jeder Vertrauensmann hat das Recht, im Einvernehmen mit dem Rat und Vorstand in der Provinz eine Filiale des Nationalbundes zu gründen. Jede Filiale muß mindestens 20 Mitglieder haben. In der Filiale führt ein Vertrauensmann den Vorsitz. Die Filialen entsenden in den Rat des Bundes Delegierte. Die Zahl der Delegierten ist von der Mitgliederzahl der Filiale abhängig. Auf 20 Mitglieder einer Filiale entfällt ein Delegierter. Den Delegierten einer Filiale stehen die gleichen Rechte zu, wie den Mitgliedern des Rats, ausgenommen des Recht der aktiven oder passiven Wahl in den Vorstand. Die Filialen unterliegen den Entscheidungen und Beschlüssen des Rats; überdies haben sie das Recht, sich ihm Rahmen dieser Satzungen frei zu betätigen.

§ 9.

Der Bund hört nicht auf zu bestehen, wenn ein Mitglied stirbt, austritt oder in Konkurs gerät.

Aus dem Bunde ausscheidende Mitglieder haben kein Recht auf das Vermögen des Bundes.

§ 10.

Im Falle einer Auflösung des Bundes verfügen die Mitglieder des letzten Vorstandes über sein Vermögen.

Aus Nr. 99 des Dziennik Poznański (Posen) vom 30. April 1910:

Nationalbund.

In der gestrigen Nummer des Dziennik veröffentlichten wir den Aufruf und die Satzungen einer neuen Organisation, die unter dem Namen „Nationalbund" die Anhänger von Zucht und Ordnung in unserem politischen und sozialen Leben zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen soll. Der Aufruf betont mit Nachdruck, daß die neue Organisation keine politische Partei, sondern eine Vereinigung oder ein Bund sein werde, in welchem sich die Vertreter der verschiedensten politischen Überzeugungen begegnen und gemeinsam miteinander arbeiten können.

Der neue Bund wird also keine Partei, vor allem keine politische Organisation der Rechten oder, genauer gesagt, der konservativen Elemente sein. Soweit sich nämlich aus den unter dem Aufruf befindlichen Unterschriften schließen läßt, sind die konservativen Elemente unter den Initiatoren der neuen Organisation in sehr geringer Zahl vertreten. Jedenfalls überwiegen, und zwar sehr erheblich, die Vertreter liberaler und demokratischer Grundsätze. Schließlich ist dies jedoch gleichgültig, jedenfalls nebensächlich angesichts dessen, daß der Nationalbund **keine politische Organisation** sein soll.

Die Frage ist dagegen die wichtigste, ob eine Organisation dieser Art den Interessen und Bedürfnissen unserer Volksgesamtheit entspricht? Vor noch nicht sehr langer Zeit konnten noch hinsichtlich ihrer Opportunität gewisse Zweifel bestehen. Die letzten Vorfälle haben aber gezeigt, daß eine weitere Untätigkeit der Anhänger einer nationalen Harmonie unsere öffentliche Sache mit einer sehr ernsten Gefahr bedroht, denn sie überläßt das Steuerruder unseres politischen und sozialen Lebens den Händen der radikalsten Elemente und zum Teil sogar wenig verantwortlichen Agitatoren und Demagogen.

Trotzdem sind wir auch heut noch entschiedene Gegner der Bildung neuer politischer Parteien. Die Annahme, daß sich unter den Parteien im Laufe der Zeit irgendein „modus vivendi" herausbilden wird und daß die wichtigsten Probleme unseres öffentlichen Lebens auf Grund gegenseitiger friedlicher Verständigung zwischen den Nationaldemokraten und Konservativen werden gelöst werden, halten wir für eine jeder realen Grundlage entbehrende Fiktion. Wir halten dies für eine Fiktion besonders unter unseren Verhältnissen und in unserer Volksgesamtheit, in welchem der üppig emporgeschossene Individualismus eine so dominierende Rolle spielt und für welche, wie die letzten Vorfälle gezeigt haben, die politische Disziplin ein so wenig bekannter Begriff ist.

Außerdem strebt jede politische Partei danach, denn sie muß danach streben, sich die Übermacht zu sichern. Dies verlangt ihr Wesen; sonst würde sie ihre Daseinsberechtigung einbüßen, den Ast absägen, auf dem sie sitzt. Gewiß können hin und wieder Kompromisse geschlossen werden. Die Hauptaufgabe einer politischen Partei aber ist, die Herrschaft zu gewinnen, und das Mittel hierzu ist der Kampf mit dem Gegner. Wir werden also wohl nicht fehlgehen, wenn wir voraussehen, daß die Schaffung einer neuen Partei die Antagonismen in der Mitte unserer Volksgesamtheit nicht nur nicht schwächen, sondern sie noch verschärfen, einen unaufhörlichen und heftigen Kampf hervorbringen würde.

Verstehen kann man einen solchen Kampf in einer Volksgesamtheit, die sich einer unabhängigen politischen Existenz erfreut. Dort winkt dem Sieger ein großer Lohn, nämlich der überwiegende Einfluß auf die weitere Gestaltung der Geschicke des ganzen Landes. Wir dagegen können uns, dürfen uns jedenfalls nicht den Luxus eines inneren Kampfes erlauben, dessen Lohn im besten Falle ziemlich gering ist. Wir müssen alle unsere Kräfte um die Verteidigung unserer nationalen Existenz, die so ernstlich bedroht ist, sammeln, alles fernhalten, was zur Lockerung und Schwächung unserer nationalen Solidarität beitragen könnte. Und wie dem auch sei, diese Solidarität wird letzten Endes durch einen Kampf der Parteien geschwächt, der die inneren Antagonismen vergrößert, die politischen und sozialen Leidenschaften entfesselt.

Anders eine unparteiische Organisation, die alle Menschen guten Willens zusammenschließt, deren Streben es ist, das allgemeine Wohl über die Parteirücksichten und Parteiinteressen, unter die gemeinsame Fahne der Arbeit für die Nation zu stellen. Natürlich wird auch eine solche Organisation den Kampf nicht vermeiden, den Kampf mit umstürzlerischen Elementen und Meinungen, welche die nationale Harmonie und Solidarität gefährden. Dieser Kampf wird aber nicht ihr Zweck und ihre Aufgabe sein, sondern nur das unvermeidliche Übel, das sie nach Möglichkeit meiden wird.

Dies geht schon aus dem Aufruf des angeregten Bundes hervor, der keinen einzigen kriegerischen Akzent enthält, sich gegen keine Partei, gegen keine politischen und sozialen Überzeugungen richtet, durch und durch versöhnlich und friedlich ist. Der Zweck des neuen Bundes schließlich: die Aufklärung der Volksgesamtheit in nationalen, sozialen und politischen Angelegenheiten, die Vorbereitung einer einheitlichen Aktion der ganzen Volksgesamtheit in öffentlichen Angelegenheiten, die bedingungslose Unterstützung der legalen Wahlbehörden — läßt sich mit dem Programm jeder politischen Partei vereinbaren, schließt niemanden von der gemeinsamen Arbeit für das Wohl der Nation aus.

Der Nationalbund besteht heut noch nicht. Seine Gründung wird erst in einer konstituierenden Versammlung erfolgen, die wahrscheinlich in nicht langer Zeit stattfinden wird. Schon heut können wir indes, ohne sich dem Vorwurf der Übertreibung auszusetzen, behaupten, daß die angeregte Organisation den gut verstandenen Interessen und Bedürfnissen unserer Volksgesamtheit entspricht. Davon zeugt das lebhafte Interesse, welches der Gedanke, einen parteilosen Bund zu gründen, in den breiten Schichten unserer Volksgesamtheit, nicht nur unter der Intelligenz, sondern auch unter Handwerker und Arbeitern, nicht nur in Posen, sondern auch in der Provinz wachgerufen hat. Davon zeugt die zahlreiche aus den verschiedensten Schichten sich rekrutierende Schar von Personen, die ihre Unterschrift unter den Aufruf gesetzt haben.

Es unterliegt daher nicht dem geringsten Zweifel, daß der neuen Organisation die inneren Bedingungen zu einer dauernden Existenz und zu einer günstigen Entwickelung nicht fehlen. Das genügt jedoch nicht. Ihr weiteres Geschick wird vor allem abhängen von dem Fonds an Arbeit, Tatkraft und Intelligenz, den ihre Organisatoren und Leiter in sie hineinlegen werden. Wie jede neue Einrichtung, so wird auch der neu entstehende Nationalbund die richtige Schwungkraft, Anerkennung und Anhänger finden, wenn an seine Seite Leute treten werden, die alle Schwierigkeiten der sich gestellten Aufgabe zu überwinden imstande sein werden.

Grundsätzlich stimmt das Programm der neuen Organisation mit unserem Programm überein. Wie wir, so stellt auch der Nationalbund über alle Parteirücksichten, über alle Parteiideale und Parteiinteressen das Wohl der Allgemeinheit, das Wohl der Nation. Wie wir, so tritt auch er für die Verteidigung der nationalen Solidarität und Disziplin ein. Er kann darum auf unsere Sym-

pathien und auf unsere Unterstützung rechnen. Dies schließt jedoch nicht aus, daß wir uns auch ihm gegenüber freie Hand, volle Freiheit des Handelns und gegebenenfalls — der Kritik vorbehalten.

Aus Nr. 101 des Postęp (Posen) vom 3. Mai 1910:

Der Nationalbund.

Der Aufruf und die Satzungen des neuen Vereins sind veröffentlicht worden. Das eine und das andere erscheint eigentümlich, denn die Gründung eines solchen Vereins ist vollständig überflüssig, denn wer politisch, sozial oder aufklärend arbeiten will, der hat dazu so viel Gelegenheit, daß man nicht erst eine eigene Organisation hierfür zu schaffen braucht.

Wer politisch und sozial arbeiten will, der möge dem „Straschverein", dem „Sokolverein" oder den Wahlvereinen beitreten und überdies einen tätigen Anteil am politischen Leben nehmen, so kann er in die Wahlkomitees gewählt werden und sich dort politisch ausarbeiten.

Unsere Vereine hinken deswegen, weil es ihnen an Leuten fehlt. Die „Strasch" kränkelt, weil sie keine Unterstützung findet. Die „Sokolvereine" beklagen ihren Rückgang, weil die Mehrheit der Gesamtheit statt in ihnen tätigen Anteil zu nehmen, sich von denselben fernhält. Der Wahlverein gedeiht schlecht, und die Wahlkomitees sind nur in der Wahlzeit mechanisch tätig.

Alle anderen Aufklärungs- und kulturellen Vereine verlangen ebenfalls eine intensivere Arbeit. Unter diesen Umständen entsteht nun ein neuer Verein, eine neue Organisation, die in ihren Satzungen besagt, daß sie zum Zweck die Aufklärung der Gesamtheit in nationalen, sozialen und politischen Angelegenheiten — auf polnisch-katholischer Grundlage habe, ferner daß sie die Gesamtheit zur einheitlichen Aktion in öffentlichen Angelegenheiten vorbereiten, soweit das nationale Interesse eine solche Einheitlichkeit verlange und bedingungslos die legalen Wahlbehörden unterstützen wolle. Diesen Zweck will nun die Organisation durch Diskussionen in den Versammlungen und durch Beschlüsse erreichen, sie will ihn erreichen durch Veranstaltung von öffentlichen Konferenzen, Informierung der Presse, Herausgabe von Zeitschriften und Broschüren und durch die tätige Anteilnahme an allen Erscheinungen des öffentlichen Lebens.

Das ist die kurze Zusammenfassung der Tätigkeit des Bundes. Dazu ist, wie wir schon oben angedeutet haben, nicht die Gründung eines neuen Vereins erforderlich, denn wir haben Vereine und Verbände nach dieser Richtung hin übergenug. Man muß nur den existierenden Vereinen angehören, und unser politisches und soziales Leben wird bessere Bahnen beschreiten, wenn sich die wirkliche Lust zur Arbeit zeigt.

Die Notwendigkeit eines solchen unparteiischen Vereins ist gar nicht begründet, denn wer unparteiisch in unserer Gesamtheit arbeiten und tätig sein will, der hat dazu Gelegenheit ohne Zahl. Die neue Organisation wird ein unnötiger Ballast sein, wenn wir sie von diesem Standpunkte aus betrachten. Was mehr, sie entzieht unseren schon bestehenden nützlichen Vereinen und Institutionen nur Leute.

Es ist schwer, hier dem hakatistischen Posener Tageblatt nicht recht zu geben, das nach Anführung des Inhalts des Aufrufs schreibt: „Phrasen und kein Programm". Diese Zeitung trifft den Kern der Sache, wenn sie meint, daß die Gründung eines solchen Vereins die Bekämpfung der demokratischen Bewegung bedeute.

Wir müssen diesen Ausführungen, obwohl sie unser Feind getan hat, beipflichten, denn wir sind derselben Meinung.

Berufen wir uns nicht auf irgendeine öffentliche unparteiische Tätigkeit, wenn es in Wirklichkeit nicht so ist; die Herren Initiatoren operieren damit und haben etwas anderes im Sinne. Man darf nicht den nationalen Zweck ausnützen, denn jeder für die polnische Sache ehrlich und treu arbeitende Pole arbeitet im nationalen Geiste, obwohl er vielleicht anderer politischen Anschauung auf die verschiedenen polnischen Angelegenheiten ist. Sprechen wir den einen nicht die nationale, patriotische Arbeit ab und erkennen wir sie anderen nicht zu, als ob diese einzig und allein diese großen patriotischen Tugenden in Erbpacht hätten.

Die Verfasser oder Initiatoren des neuen Nationalbundes erstreben, wie man ans verschiedenen Zeichen deuten kann, ganz andere Ziele, nur geben sie sich damit nicht heraus. Der Nationalbund ist trotz aller Beschwörung auf seine Unparteilichkeit im vollen Sinne des Wortes sehr parteiisch, nur legen sie dem neuen Kinde diesen Namen nicht bei.

Das Haupt- und ausschließliche Ziel dieses angeblich unparteiischen Bundes ist die Bekämpfung der demokratischen und volksparteilichen Bewegung. Man hat zwar davon nichts erwähnt, aber diejenigen, denen bekannt ist, was hinter den Kulissen geschieht, wissen dies ganz genau.

Schon die Entstehung jenes Bundes gleich nach den Wahlen im Posener Bezirk ist ein beredtes Zeugnis dafür, daß dem so sei und nicht anders. Wenn man sich überdies noch die Unterschriften dieser Aufrufe ansieht, so weiß man ganz genau, welchem Lager der überwiegende Teil der Inhaber dieser Namen angehört. Unter anderen ist dort Herr Kasimir Grabowski aus Zbietki unterschrieben, derselbe Herr, der im Dziennik Poznanski geschrieben hat, daß es besser sei, einen polnischen Abgeordneten zu verlieren, als für Nowicki zu stimmen. Auch einige Anhänger des Goniec Wielkopolski sehen wir darunter. Dieses genügt den Demokraten und Volksparteilern völlig, um die Ziele dieses Bundes zu durchschauen. Überdies spricht der Aufruf selbst gar deutlich darüber, welche Ziele der Bund erstreben will.

Die Herren Initiatoren wollen es nur nicht bekennen, daß der Bund einzig nur reaktionäre, konservative Ziele im Auge habe, sie wollen es nicht bekennen, daß sie jeglichen freien Gedanken und jeden politischen Gedanken zu hemmen wünschen, daß sie nur wünschen, es möge bei Gott Sohn ebenso bleiben, wie es bei Gott Vater war. Sie wollen die in der Gesamtheit an die Oberfläche gelangenden neuen politischen und sozialen Strömungen nicht aufkommen lassen. Sie wollen die demokratisch-volksparteiliche Bewegung völlig ersticken: Das ist der wirkliche Zweck des Bundes.

Würden die Initiatoren des Bundes dies offen bekennen, so würden wir sagen, daß sie vollständige Daseinsberechtigung besäßen. Nur durfte man nicht Unparteilichkeit und Nationalität zum Vorwand nehmen, denn diese kann wohl jeder Pole beanspruchen mit Ausnahme vielleicht der Sozialdemokraten, die sich offen zum Internationalismus bekennen.

Also wir glauben nicht an die Unparteilichkeit dieses Bunes, denn keine Partei kann unparteiisch sein, da ja gerade die Parteilichkeit ihr die Daseinsberechtigung gewährt. Mögen doch diese Herren die Maske fallen lassen und es offen bekennen, daß sie in konservativer, reaktionärer Richtung und gegen die Volksbewegung zu arbeiten wünschen, dann müssen sie als eine Partei, die sich von vornherein ein bestimmtes

Ziel gesetzt hat, aufgenommen werden. Die Gründung eines solchen Bundes kann ja den Anhängern der Volksbewegung nicht zur Hand sein, aber sie müssen sagen: wir haben einen ehrlichen Gegner vor uns und werden mit ihm kämpfen, es werden sich die Überzeugungen bekriegen, und in mancher Angelegenheit kann es zum allgemeinen Segen der Gesamtheit, zur Verständigung kommen. Werden die Herren Initiatoren die Frage so stellen, so gilt da gleiches Recht für alle, und es wird Offenheit herrschen.

Allerdings haben unsere sogenannten „älteren Brüder" schon einen solchen Bund, der sich im Bazarkasino konzentriert. Jedenfalls wird die neue Organisation etwas Vermittelnder, vielleicht etwas, was das Kasino nachdrücklicher unterstützt, sein vollen, auch in einem solchen Falle hätte sie ihre Daseinsberechtigung.

Diese neueste Aktion seitens unserer Konservativen müßte die Anhänger der demokratischen Bewegung zu einer lebhaften und energischeren Arbeit in der Richtung der Zusammenziehung von breiteren Schichten der Bevölkerung unter ihre Standarte veranlassen. Diese intensivere Tätigkeit wird der Volksbewegung und damit der Gesamtheit nur gute Früchte bringen.

Aus Nr. 96 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 30. April 1910:

Zu der beabsichtigten Gründung der neuen polnischen Parteiorganisation, die eine Gegenorganisation gegen die Nationaldemokraten sein soll, schreibt das Bromberger Polenblatt unter anderem folgendes:

Die Vereinigung soll eine politische Schule sein, in der Weise, daß sie die Leute aller Schichten und Anschauungen zusammenschließt. Außer den Bestrebungen über den Gehorsam gegen die Wahlbehörde zu wachen, hat der Verband keinerlei andere patriotisch-politischen Gesetze auf seine Fahne geschrieben.

Die neue Organisation gründet, wie wir sehen, ihr Fundament auf die letzten politischen Vorkommnisse, auf die Sezession. Sie will gegen jedwede Sezession auftreten. Dieses Fundament ist etwas morsch und schmal. Man hätte hinzufügen müssen, daß der „nationale Bund" die Absicht habe, alle Erscheinungen zu beseitigen, die zu einer Sezession führen könnten, dann wäre er sofort auf die breite Grundlage getreten, wie sie durch seine Bezeichnung vorgeschrieben wird.

Wir begrüßen die neue Organisation mit dem größten Wohlwollen, wie das jede Bestrebung, die das Wohl des Volkes im Auge hat, verdient. Wir hoffen von ihr vor allen Dingen, daß sie zur Belebung der nationalen und gesellschaftlichen Arbeit beitragen wird, von der sich leider gerade die Faktoren zurückziehen, die, mit dem polnischen demokratischen Verein nicht sympathisierend, von Natur der Sache aus in ihr einen Platz finden sollten.

Wir glauben es nicht, daß die neue Organisation parteilos bleiben wird. Früher oder später wird sie konservativ werden; dafür sprechen die Namen ihrer Gründer. Ein Unglück wird das aber nicht sein. Mögen die konservativen Elemente aus dem Bunde nur flugs an die nationale Arbeit, gehen und sie werden sehen, daß die gehaßten radikalen Agitatoren nicht so schwarz sind, wie man sie malt. Wenn wir Schulter an Schulter auf dem Felde der Arbeit zusammentreffen werden, dann wird eine Verständigung zwischen uns leichter eintreten. Wenn der „Nationale Bund" sein Ziel nach dieser Richtung hin auch nur zum Teil erreichen wird, dann kann er der Anerkennung aller aufrichtigen Patrioten sicher sein.

Aus Nr. 95 des Lech (Gnesen) vom 28. April 1910:

Ins schwarze Buch

möchte durchaus der Wirt Grzeczka aus Groß-Swiontniki kommen, denn er verkauft einen Teil seiner Wirtschaft an den Deutschen Wendorff in Mielno.

Ihm will ein anderer Wirt aus Groß-Swiontniki folgen, der ebenfalls seine Hand nach den Judasgroschen ausstreckt.

O ihr Herren, habt doch Gott im Herzen und treibt mit der polnischen Erde keinen Schacher. Denket daran, wie schwer ihr das Land und die katholische Kirche schädigt und daß ihr eure mit Schande bedeckten Namen euren Kindern und Kindeskindern hinterlasset. Gehet in euch, so lange es noch Zeit ist, werdet nicht zum Auswurf der Gesellschaft.

Aus Nr. 9 des Kupiec (Posen) vom 1. Mai 1910:

Aus Ostrowo wird uns geschrieben: Hierselbst soll eine landwirtschaftliche Bank gegründet werden. Das ist eine erfreuliche Sache. Herr Stryjinski hat die Absicht, eine Dampfmühle zu bauen. Es gibt hier zwei Dampfmühlen, doch befinden sie sich in Händen Andersgläubiger, eine polnische Mühle müßte daher gut prosperieren, wenn sie nur eine fähige Leitung haben wird. Die Polen in Ostrowo gehen mit Energie an die soziale Arbeit heran, und wenn sie alles in wohlüberlegter Weise traktieren werden, dann werden sie auch auf Unterstützung rechnen können.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 50 der Gazeta Gdańska (Danzig) vom 26. April 1910:

Berent.

„Sei gegrüßt altes Berent, Mutter der ganzen Kaschubei.
Du bist mir die liebste von allen kleinen kaschubischen Städten,"

beginnt Dr. Alexander Majkowski sein Werkchen „Wie in Berent der Kirchendiener gewählt wurde".

Diese Worte verraten eine aufrichtige Anhänglichkeit des Verfassers zu diesem Stückchen Land, wo er geboren ist. Als ich aber in der „Gazeta Gdańska" die letzten Korrespondenzen aus Berent las, mußte ich mich unwillkürlich fragen, ob Dr. Majkowski auch heute noch diese Worte schreiben würde.

Wir haben in den letzten Jahren von der Gründung der Genossenschaft „Dom kaszubski" und des Vereins „Bazar" in Berent gehört. Der „Gryf", eine Zeitschrift für kaschubische Angelegenheiten, ist gegründet worden, der an der Belebung des kulturellen Lebens in der Kaschubei arbeitet. Eine Verlagsgenossenschaft mit dem Sitz in Berent will sich mit dem Verlegen und der Verbreitung von Werken befassen, welche die kaschubische Frage behandeln. Im vorigen Jahre ist die „Czytelnia" (Lesehalle) gegründet worden, die sich über alles Erwarten günstig entwickelt. Wie ich mich selbst überzeugt habe, verfügt die „Czytelnia", in diesem Umfange die einzige in Westpreußen, über eine Bibliothek von etwa 1200 Bänden, die von den Mitgliedern gern benutzt wird. In der Czytelnia sind ungefähr 20 verschiedene

Tagesblätter und Zeitschriften zur Benutzung der Mitglieder ausgelegt.

Unter dem Eindruck dieser freudigen Nachrichten hatten wir uns daran gewöhnt, Berent als das Zentrum für die ganze Kaschubei, und die Bewohner dieser Stadt als musterhafte Bürger zu betrachten, denen die kulturellen Bestrebungen eigen und teuer sind. Doch nach dem Durchlesen der letzten Korrespondenzen aus Berent, aus denen ein kleinstädtischer Geist par excellence weht, sind wir gezwungen, die obige Überzeugung einer gewissen Revision zu unterziehen.

Jetzt scheint es uns, als wenn sich dieses berühmte kulturelle Zentrum in Wirklichkeit hauptsächlich aus den Redaktionen des „Gryf" und des Vereins „Czytelnia" zusammensetzt.

Die Vorgänge in Berent haben nach meiner Ansicht auch gewißermaßen eine psychologische Bedeutung. Ich erblicke darin den Kampf einer intelligenten Einzelperson, die sich dem Einfluß der Kleinstadt nicht unterwerfen, die nicht zu einem Menschen werden will, dessen Gesichtskreis dort endet, von wo aus der Turm der Parochialkirche nicht mehr zu sehen ist.

Die Einzelperson kommt mit den besten Absichten und mit aufrichtiger Lust zur Arbeit auf sozialem und kulturellem Gebiete in die Kleinstadt mit der Hoffnung, daß sie Leute finden werde, die einträchtig mit ihr arbeiten würden. Doch bald überzeugt sie sich, daß gerade diejenigen, auf die sie am meisten gerechnet hatte und die vor vielen Jahren vielleicht mit derselben Hoffnung in diese Stadt gekommen sind, ihr am meisten hinderlich sind. Sie findet für ihre Projekte, die einen gesunden Blick verraten, überall passiven und offenen Widerstand. Häufig endet es damit, daß die Einzelperson dem Einfluß der Umgebung erliegt und sich deren Anschauung zu eigen macht.

Aus dem offenen Brief des Herrn Dr. Majkowski schließe ich, daß er nicht zu resignieren gewillt ist, ebenso wie diejenigen nicht resignieren wollen, die einträchtig mit ihm arbeiten, deren es nicht wenige gibt. Dr. M. hat nach meiner Ansicht zu dem einzigen erfolgreichen Mittel gegriffen, indem er sich an unsere Presse gewendet hat. Drei öffentliche Antworten auf seinen offenen Brief bestätigen in der Sache selbst alle von Dr. M. erhobenen Vorwürfe. Diese Antworten, und besonders die beiden letzten würden nicht solchen unangenehmen Eindruck gemacht haben, wenn nicht unnötigerweise ganz private Angelegenheiten in die Diskussion hineingezogen wären.

Ich hoffe, daß die scharfe Polemik der Herren in Berent keine fatalen Folgen haben, sondern im Gegenteil die dumpfige Atmosphäre des kleinstädtischen Berents reinigen und dazu beitragen wird, daß Berent wirklich das kulturelle Zentrum für die Kaschubei werden wird.

Dr. B.

(Wir sind mit den obigen Ausführungen voll und ganz einverstanden. Das merkwürdigste bei der Sache ist, daß ein Teil der Berenter Intelligenz die Bedeutung der jung-kaschubischen Bewegung nicht zu würdigen versteht. Wir bitten aber, sich, wenn auch nur auf Grund des Berenter Zeitungskampfes, vorzustellen, was in der Kaschubei geschehen würde, wenn die jungkaschubische Bewegung nach dem Beispiel der Nationaldemokratie den Weg des politischen Kampfes beschreiten würde und unserem ganzen politischen Organismus, vor allen Dingen aber bei den Wahlen die Rolle eines intellektuellen Volkserziehers spielen wollte?! Herrn Dr. Majkowski und der zahlreichen jungen Anhängerschaft, die sich um ihn und um den „Gryf" schart, gebührt herzliche Anerkennung dafür, daß sie sich vor allen Dingen bemühen, in kultureller Hinsicht zu wirken. — Die Red.)

Aus Nr. 50 der Gazeta Gdańska (Danzig) vom 26. April 1910:

Dirschau.

Hier hat sich unter dem Namen **„Germania"** ein **katholischer Kriegerverein** gebildet, dem 150 Mitglieder beigetreten sind.

Man ersieht hieraus, daß die deutschen Katholiken die gemischten Kriegervereine als lutherische und den katholischen Glauben bedrohende Vereine ansehen, denn sonst würden sie doch nicht katholische Vereine gründen.

Aus Nr. 50 des Pielgrzym (Pelplin) vom 26. April 1910:

Klodawa.

Obwohl unsere Parochie rein polnisch ist, so wollen die Deutschen sie durchaus verdeutschen. Sie verachten kein Mittel, um unsere Landsleute zu betören und auf ihre Seite zu ziehen. Sie tragen nicht einmal Bedenken, auch unseren hl. Glauben zu Germanisationszwecken zu mißbrauchen. Sie möchten durchaus haben, daß in unserer Kirche das Deutschtum herrscht. Wie verlautet, beabsichtigen sie eine Petition zirkulieren zu lassen, in der sie um die Abschaffung der polnischen Predigten und Einführung deutscher bitten wollen. Landsleute, lasset Euch nicht betören und unterschreibet jene Petition nicht; aber denjenigen, die mit der Petition zu Euch kommen, zeiget das Loch, welches der Zimmermann gelassen hat. Denket daran, daß Ihr polnische Katholiken seid und bleiben sollt.

Aus Nr. 52 der Gazeta Gdańska (Danzig) vom 30. April 1910:

Die Verbreitung falscher das polnische Volk schädigender Nachrichten.

Klodawa.

Ein Korrespondent des „Westpreußischen Volksblatts" schreibt, daß es in Klodawa unter 911 Katholiken nur 151 Polen gibt. Ferner schreibt er, daß auch in Groß-Trompken und Milobondz die Mehrheit der katholischen Seelen deutsch ist. So? Höchstens hat die deutschkatholische Kultur dort die polnischen Katholiken auf Papier zu Deutschen gemacht.

Vielleicht könnte uns einer von den dortigen Lesern mitteilen, wie sich die Sache eigentlich verhält. Aber wir können schon von vornherein mit aller Sicherheit erklären, daß die Nachricht der „Westpreußerka" wenn auch nicht geradezu unwahr, so doch mindestens absichtlich sehr übertrieben ist. Es handelt sich nämlich darum, die dortige Parochie als deutsch hinzustellen und sie mit Hilfe der dortigen deutschen Seelsorger zu verdeutschen.

Aus Nr. 52 des Pielgrzym (Pelplin) vom 30. April 1910:

Tuchel.

Am Sonntag ist in unserer Parochialkirche von der Kanzel herab bekannt gemacht worden, daß eine Sammlung zum Bau einer Kirche veranstaltet werden wird.

Diese Ankündigung hat in der Parochie große Verwunderung hervorgerufen, denn niemand hat angenommen, daß so plötzlich die Notwendigkeit eintreten würde, in Tuchel eine neue Kirche zu bauen. Schon vor einem Jahre haben sich die Parochianen gewundert, daß die erste Nachricht über den Bau einer neuen Kirche im Geselligen erschienen ist. Es hat aber niemand verstanden, um was es sich dem Geselligen gehandelt hat, ob um eine Erweiterung der alten Kirche oder um den Bau einer neuen Kirche. Schließlich sagte sich jeder, daß von einer Erweiterung der alten Kirche keine Rede sein könne, denn unsere Kirche steht mitten auf dem Markt, und die Polizei würde eine Erweiterung der Kirche und eine Verkleinerung des Marktes niemals zulassen. Allmählich tauchte aber das Gerücht auf, daß es sich um den Bau einer neuen Kirche auf dem alten Kirchhof handelt.

Es wird mancher fragen, wozu eine zweite Kirche erbaut werden soll, denn es ist doch unmöglich, daß die alte Parochialkirche, die einige Jahrhunderte auf dem Markt steht und eine Zierde der Stadt ist, abgetragen werden und die andere neue Kirche sich im Winkel auf dem Kirchhof verstecken sollte. Es wird aber erzählt, daß die alte Kirche stehen bleiben und außerdem eine neue Kirche gebaut werden soll. Unsere Parochie soll in zwei Hälften — eine deutsche und eine polnische — geteilt werden. Die deutschen Katholiken sollen unsere alte Kirche am Markt bekommen, und die Polen sollen sich auf dem Kirchhof eine neue Kirche bauen. Die deutschen Katholiken bekommen also die Kirche umsonst, und die Polen können sich für ihr eigenes Geld eine neue Kirche bauen. Und da nun aus den Kollekten und Sammlungen nicht viel Geld zusammenkommen wird, wird der fehlende Betrag umgelegt werden müssen. Diese Abgaben zum Bau der Kirche können die Polen jahrelang zahlen, und die Deutschen werden lachen und sagen können: „Habt ihr eine neue Kirche haben wollen, so könnt ihr auch zahlen".

Wir erwarten, daß der Kirchenvorstand und die Kirchenvertretung so etwas nicht zulassen werden.

Manch einer wird noch fragen, ob es bei uns so viele Deutsche gibt, daß für sie eine besondere Kirche existieren muß. Ich kann das Geheimnis verraten, daß es in unserer 3 bis 4000 Seelen zählenden Parochie kaum ein Zehntel Deutsche gibt. Aber die deutschen Katholiken erfreuen sich, wie auch anderswo, besonderer Gunst. Wir sehen doch, daß sogar der Gesellige für sie eintritt.

Aus Nr. 52 der Gazeta Gdańska (Danzig) vom 30. April 1910:

Unter der Überschrift:

Was hört man in Posen nach den Wahlen?

schreibt die „Gaz. Gd." u. a.:

Aber trotz des ungeheuren Verlustes an polnischen Stimmen bei den letzten Wahlen sieht man in Posen gar keine Besserung. Anstatt, daß sich diejenigen Leute, welche in Posen die letzte Wahl hauptsächlich betrieben haben, an die Brust schlagen und rufen: „Der Herrgott hat uns dafür gestraft, daß wir unsere Hand gegen unsere Behörden erhoben und daß wir die ganze Wahlordnung über den Haufen geworfen haben", wiegeln sie das Volk weiter auf. Herr Nowicki beginnt nämlich in der Provinz angeblich Versammlungen der „Polnischen Berufsvereinigung" zu veranstalten, aber in Wirklichkeit benutzt er diese Versammlungen dazu, um das Volk gegen den Vorsitzenden dieser Vereinigung, Herrn Sosinski, aufzuhetzen. In Gostyn hat er z. B. gegen ihn losgewettert, daß er sich mit Gewalt als Abgeordnetenkandidat aufgedrängt habe, obwohl er seine „verräterischen" Taten kenne. Was soll man also von Herrn Nowicki erwarten. Wie der Herr, so der Diener. So wie seine „Väter" gehandelt haben, die sich über jede (polnische Wahl-)Obrigkeit lustig gemacht haben, um nur die Arbeiter auf ihre Seite herüberzuziehen und Herrn Nowicki zum Abgeordneten zu wählen, so beginnt auch er, ihr würdiger Sohn, die Behörde zu untergraben, die Herr Sosinski als Vorsitzender der „Polnischen Berufsvereinigung" ihm gegenüber darstellt.

Das ist doch auch Unrecht, daß Herr Nowicki einen solchen politischen Streit um ein Abgeordnetenmandat in die Berufsvereinigung hineinträgt, denn dann könnten die Behörden und deutschen Abgeordneten im Reichstage uns mit Recht den Vorwurf machen, daß wir in der Berufsvereinigung Politik treiben, und uns dann die Versammlungen erschweren und die Mitglieder verfolgen. —

Diese Herren von der Nationaldemokratie möchten über die Arbeiter, deren es in der „Polnischen Berufsvereinigung" über 50000 gibt, bei den Wahlen das Kommando haben, und da sich Herr Sosinski ihnen gewiß nicht fügen würde, wollen sie dort angeblich einen anderen zum Vorsitzenden machen. Dem „Goniec" wird geschrieben, daß der Abgeordnete Korfanty Vorsitzender werden soll. Und uns haben die Arbeiter wieder zu verstehen gegeben, daß es den Herren in Posen etwas nach den Einnahmen der „Berufsvereinigung" gelüstet, um einen Teil davon zur Wahlagitation und anderen derartigen Sachen zu verwenden. —

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 97 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 29. April 1910:

Aus Posen

wird uns mitgeteilt, daß sich die versöhnlich-konservative Schlachta nach der bei der Posener Reichstagsersatzwahl erlittenen Niederlage nach allen Seiten wendet, um gegen die nationale und völkische Bewegung eine konservativ-versöhnliche Organisation zu begründen. Der ständige Berater der versöhnlichen Posener Schlachta ist der Abgeordnete Napieralski, der an den Sitzungen des adligen Kasinos teilnimmt. Der Abgeordnete Napieralski erteilt den Versöhnlern Ratschläge und arbeitet für sie Organisationspläne aus, die die Unterdrückung der auf die organisierten Arbeiter und Handwerker sich stützenden national-völkischen Bewegung bezwecken. Bei uns in Oberschlesien arbeitet Herr Napieralski seit Jahren für das arme Volk nichts, er besucht keine Versammlung, läßt sich in den Vereinen nicht sehen, betätigt sich in sozialer Hinsicht gar nicht, und wenn er etwas getan hat, so geschah es nur zu dem Zwecke, um den Arbeitern Schaden zuzufügen, wie damals, als er den Verband gegenseitiger Hilfe den Deutschen, und zwar zunächst dem Berliner Verband und später den Zentrums-Gewerkschaften anbot.

Öffne, polnisches Volk, die Augen dazu, was dieser Verleger von Banditen-Blättern tut. Er will die national-völkische Bewegung unterdrücken, das polnische Volk verflucht ihn, während ihn die Posener versöhnliche Schlachta zum Himmel erhebt. Und das genügt.

Aus Nr. 96 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 28. April 1910:

Betrifft die polnische Berufsvereinigung.

Der Kurjer Slonski hat die Filialen der polnischen Berufsvereinigung aufgefordert, Resolutionen gegen Herrn Sosinski anzunehmen, weil er der höchsten Provinzialwahlbehörde in Posen gehorcht hat.

Eine solche Betörung der Leute, eine solche Unterstützung der „Anarchie" — wie dies der Lech mit Recht genannt hat — muß scharf getadelt werden.

Der Stimme des Kurjer folgten die Filialen in Laziska, Laband und Wieschowa. **Wir wundern uns, daß sich die Vorstände dieser Filialen in Politik einlassen,** wozu doch die Berufsvereinigung nicht gegründet ist.

Wir wundern uns über die Vorstände dieser Filialen um so mehr, als sie doch nicht nach den Auslassungen des Lech die „nationale Anarchie" werden unterstützen wollen, sondern wir sind überzeugt, daß sie der guten Sache aufrichtig dienen wollen.

Die Beschlüsse dieser Filialen schaden der Organisation der Berufsvereinigung im höchsten Grade.

Wir fordern unsere geehrten Leser auf, sich mit allen Kräften dem zu widersetzen, daß in die Berufsvereinigung die Politik hineingetragen wird. Das wäre der Untergang für die Arbeiterorganisationen.

Seien wir dessen wohl eingedenk, wie der Kuryer in einem Aufruf zum Abonnement der Welt verkündet hat, daß man der Berufsvereinigung angehören, den Kuryer lesen und Mitglied der national-demokratischen Partei sein müsse, als ob diese drei Dinge von einander abhängig wären und zu einander gehörten, nämlich unter dem Kommando des Kuryer ständen.

Schon damals wiesen wir darauf hin. Heute wiederholen wir die Warnung und fügen hinzu:

Arbeiter! Achtet darauf, daß in der Berufsvereinigung keine Politik getrieben wird, denn dies wird schlimm sein. Verteidigt die Ordnung in eurer Organisation, verteidigt eure Fonds, eure Gelder. Duldet nicht, daß einem ein Unrecht dafür geschieht, daß er einer nationalen Behörde gehorcht hat, denn er hat nur seine Bürgerpflicht erfüllt. Verteidigt die Berufsvereinigung und ihren Vorsitzenden, euren Kameraden, den Arbeiter Sosinski, und duldet nicht, daß er aus politischen Gründen, die mit der Organisation nichts gemein haben, verfolgt wird.

Aus Nr. 99 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 1. Mai 1910:

Gegen die Politik in der polnischen Berufsvereinigung.

Geehrte Kameraden und Mitglieder!

Ich warne euch: Menget Politik, Abgeordnetenangelegenheiten, die Kandidatur des Herrn Sosinski usw. nicht in unsere Berufs- und Arbeiterangelegenheiten, nicht in die Organisation hinein. Ich verurteile dies entschieden. Sosinski, unser Präses, ist ein guter Vorsitzender, was jeder einräumen muß, der seine Arbeit kennt. Leset aus, wieviel Geld er in der Zeit seines Vorsitzes schon zusammengebracht hat. In der Organisation dürfen wir nur darauf und weiter auf seine Verteidigung sehen, die er uns Arbeitern zukommen läßt. Berühren wir die Politik gar nicht, denn es wird schlimm sein. Darum möge sich Posen kümmern, denn dort sollte er gewählt werden, nicht bei uns. Wenn ihr die Politik in die Versammlungen der Filialen der Berufsvereinigung, wie in Wieschowa, Laband, Schoppinitz hineinschleppen werdet, dann wird es schlimm sein. Unter Mitgliedern wird ein Zwiespalt entstehen, denn es gibt viele, die sich nicht Sand in die Augen streuen lassen und wissen, daß Sosinski ein — sogar sehr scharfer — Volksparteiler, ein Arbeiter, ein Hüttenarbeiter ist, und kein Herr, kein Versöhnler oder Schlachzize. Was kann er dafür, das ihn das Provinzialkomitee aufgestellt hat? Sollte er ungehorsam sein und das Schreiben des Komitees in den Papierkorb werfen? Das Komitee, die höchste politische Behörde, ist doch nicht dazu gewählt, damit man ihm nicht gehorche. Und weiter: Mag dem gewesen sein, wie ihm wolle, uns in der Berufsvereinigung geht das nichts an, denn dies ist eine politische, keine Arbeiterangelegenheit. Wenn wir uns mit Politik befassen würden, dann werden wir mit der Polizei und Behörde noch einen anderen Krieg haben wie bisher. D. h., es wird noch schlimmer sein, denn wir sind keine politische, sondern eine Arbeiter-, eine Berufsorganisation. Ich rate euch ehrlich: Wo jemand in einer Versammlung über Politik sprechen will, dort entziehe man ihm das Wort, protestiere man dagegen, denn es handelt sich um die Verteidigung unserer Organisation, um unsere Fonds, um unser schwer verdientes Geld, das wir in die Kasse der Organisation entrichten müssen. Handeln wir nicht so, daß sie durch Hader, Zwiespalt, Prozesse usw. verloren gehen, was geschehen würde, wenn die Politik in die Berufsvereinigung Eingang fände. Es könnte der Fall eintreten, daß die Regierung unsere Fonds beschlagnahmt, wenn wir nicht in Eintracht und Friede arbeiten, sondern vor den Gerichten Prozesse führen würden, wie es schon früher geschehen ist. Ich protestiere gegen die Beschlüsse der genannten Filialen, einen solchen Protest ebenfalls zu beschließen, denn dann wird die Regierung erfahren, daß wir Gegner der Politik in der Berufsvereinigung sind.

Einige Mitglieder
der Chropaczower Filiale.

Aus Nr. 98 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 30. April 1910:

Betrifft die polnische Berufsvereinigung.

Die Freunde der Arbeiter, d. i. der Gornoslonzak, der Dziennik Slonski und wahrscheinlich auch der Katolik, denunzieren die oberschlesischen Filialen der Berufsvereinigung, daß sie Politik treiben. Politik sehen sie darin, daß die Filialen Protest gegen Herrn Sosinski beschließen. Das ist keine Politik, sondern die Sorge um das Wohl der Organisation, die Herr Sosinski durch sein Verhalten untergraben hat. Die Mitglieder der Berufsvereinigung mögen sich nicht wundern, wenn sich in Prozessen die Staatsanwaltschaft und die Gerichte auf den Gornoslonzak und seine Ableger berufen werden, um zu beweisen, daß die Berufsvereinigung Politik treibt. Solche Dienste erweisen unseren organisierten Arbeitern ihre angeblichen Freunde aus Beuthen.

Aus Nr. 100 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 3. Mai 1910:

Auf die Posener Wahl

wollten wir nicht mehr zurückkommen, denn wir freuen uns aufrichtig über die Beilegung dieser Angelegenheit. Die geehrten Leser wissen, daß wir uns nicht darein

gemengt haben, wer Kandidat sein soll. Posen wählt, darum möge sich Posen darum kümmern. Die höchste Wahlinstanz (das Provinzialwahlkomitee) hatte Herrn Sosinski aufgestellt. An diesem Kandidaten mußte festgehalten werden, und eine Sezession durfte nicht veranstaltet werden. Worum es sich uns hauptsächlich handelte, war das unerhörte Vorgehen gegen den Arbeiter Sosinski, der beschuldigt wurde, daß er ein Spitzel oder Agent der Polizei, ein schlechter Pole sei usw. Er wurde mit schmutzigem Haß, mit unerhörten Schmähungen überschüttet, daß er der Wahlbehörde gehorcht hat. Das muß jeden ehrlichen Menschen empören. Darum haben wir die Ehre des gekränkten polnischen Arbeiters in Schutz genommen. Das hat dem Kuryer Slonski und seinem Ableger sehr mißfallen. Er schrieb viele Artikel und Korrespondenzen gegen Herrn Sosinski, weil dieser nicht nach seiner Pfeife tanzte, und es ist bekannt, daß Herr Sosinski ein viel radikalerer Kandidat ist als Herr Nowicki, wie der Wiarus Polski des Abgeordneten Brejski geschrieben hat. Das ein solcher Kandidat den „Versöhnlern" der Korfanty-Blättern nicht gefallen hat, darüber wird sich niemand wundern. Bei ihnen ist der „Volkswille" dann vorhanden, wenn dieser Wille mit ihrem „versöhnlichen Willen" übereinstimmt. Sosinski war ein wahrhaft völkischer Kandidat, und nicht der versöhnliche Kandidat der Talmi-Demokraten oder Liberalen. Wenn man alle Ausflüchte und Schnörkeleien der „versöhnlichen Korfanty-Blätter" liest, so kann man nur lachen und zugleich diejenigen bedauern, die sich von diesen „Freunden des Arbeitervolkes" etwas einreden lassen. Was für Freunde das sind, hat sich gezeigt in ihrem Verhalten den Bauarbeitern gegenüber, die von den Kapitalisten auf das Pflaster geworfen, dem Hunger preisgegeben worden sind. Diese armen Kerls stellten die Korfanty-Blätter als „Aufwiegler" hin, die mit dem Streik drohen. Was für „Freunde der Arbeiter" die Korfanty-Blätter sind, zeigt sich aus ihrem Verhalten der Berufsvereinigung gegenüber, in welcher diese Arbeiterfreunde Politik zu treiben anfingen, bis sie eine billige Abfertigung und Strafe traf. In dieser Angelegenheit müssen wir Warnungen und Korrespondenzen veröffentlichen, denn wir dürfen nicht schweigen oder Korrespondenzen verwerfen, weil es sich um die wichtigsten Dinge handelt. Jene „Arbeiterfreunde" wußten, daß die Polizei und der Staatsanwalt aus dem Geschreibsel des Kurjer und seines Ablegers Beweise entnehmen werden, und dennoch veröffentlichten sie jene berüchtigten Resolutionen gegen Herrn Sosinski, anstatt ihre Freunde zu belehren, daß man so nicht handeln dürfe. Die Korfanty-Blätter haben dadurch der Staatsanwaltschaft Material verschafft, und jetzt möchten sie die Schuld auf uns schieben, was ihnen nicht gelingen wird. Die Korfanty-Blätter taten dies aus reinem Haß gegen Herrn Sosinski, an dessen Entfernung aus dem Amte angeblich Herr Korfanty denkt, um selbst in dieses Amt zu gelangen. Bis jetzt wenigstens hat er dies nicht in Abrede gestellt. In den Korfanty-Blättern windet und dreht sich mit seinem Verstand auch Herr Brzeskot, ein Feind des Herrn Sosinski, der sogar nach Posen zu einer Wählerversammlung gereist ist. Man erzählt sich in Kattowitz, daß er von Herrn Korfanty oder durch dessen Vermittelung 20 Mark erhalten hat; ob zur Reise, wissen wir nicht. So könnten wir Behauptungen aufstellen und ohne Ende schreiben, wenn wir nach Art der Korfanty-Blätter schreiben wollten. Ekel und Widerwillen ergreift einen ehrlichen Menschen, daß man sich mit solchen Angelegenheiten befassen muß. Aber leider gibt es kein anderes Mittel. Die Wahrheit muß aus Tageslicht kommen.

Aus Nr. 94 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 26. April 1910:

Aus Wieschowa.

In der Versammlung der Filiale der polnischen Berufsvereinigung vom 17. d. Mts. wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Wir in der polnischen Berufsvereinigung organisierten, am 17. April 1910 versammelten Arbeiter aus Wieschowa sprechen unser Bedauern darüber aus, daß sich Herr Sosinski, der Vorsitzende des Zentralvorstandes unserer Organisation, als Reichstagsabgeordnetenkandidat gegen seinen Kollegen Herrn Nowicki und gegen die Überzeugung und den Willen der polnischen Arbeiter aufstellen ließ. In der Überzeugung, daß Herr Sosinski durch sein Verhalten unsere Organisation schwer geschädigt hat, halten wir dafür, daß das einzige Mittel, welches in Zukunft solche Dinge verhindern kann, die Entfernung Herrn Sosinski von dem Posten des Vorsitzenden im Zentralvorstand ist. In diesem Sinne appellieren wir an den Aufsichtsrat unserer Organisation, sie wolle in dieser Angelegenheit entsprechende Schritte tun.

Mit Brudergruß: Glück auf!

Die Mitglieder der P. B.-V.
in Wieschowa.

Aus Nr. 96 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 28. April 1910:

Aus Schoppinitz.

In der gemeinsamen Sitzung der Ortsfiliale der polnischen Berufsvereinigung nahmen die Mitglieder einstimmig folgende Entschließung an: Wir am 4. April 1910 in Schoppinitz versammelten Mitglieder der P. B.-V. protestieren gegen die bekannte und für den Vorsitzenden einer polnischen Arbeiterorganisation unwürdige Haltung des Herrn Sosinski in Sachen der Posener Wahl, und wir halten dafür, daß Herr Sosinski fernerhin mit Nutzen für unsere Organisation nicht arbeiten kann. Wir bitten daher den Aufsichtsrat, zum Zwecke seiner Entfernung vom Vorsitz entsprechende Schritte zu tun.

Die Filiale der P. B.-V.,
Abteilung für Hüttenarbeiter,
in Schoppinitz.

Aus Nr. 96 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 25. April 1910:

Erklärung.

Geehrter Herr Redakteur!

In Nr. 31 des Gornoslonzak befindet sich der Abdruck eines Artikels aus dem Goniec Wielkopolski, in welchem der versteckte Verfasser aus Oberschlesien mitteilt, daß mich die Nationaldemokratie engagiert habe, damit ich die polnische Berufsvereinigung bemeistere.

In anbetracht dieser lügenhaften Gerüchte erkläre ich, daß mich nie und nirgends irgend eine Partei engagiert hat. Was ich bis jetzt getan habe, tat ich stets aus eigenem Ansporn und aus eigener Überzeugung.

Genehmigen Sie, geehrter Herr Redakteur, den Ausdruck der Hochachtung und Ergebenheit.

Johann Brzeskot.

P. S. In dieser Angelegenheit übersende ich einen Artikel und bitte, ihn ganz zu veröffentlichen.

Aus Nr. 96 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 28. April 1910:

Journalistisches Banditentum.

Seit dem letzten Wahlkampf im Großherzogtum Posen sind wir Zeugen einer bisher im preußischen Anteil unbekannten Erscheinung in der Versöhnungs-Presse.

Einzelne auf sozialem und nationalem Gebiete verdiente Männer wurden in ihrer Ehre gekränkt. In anbetracht der Spannung, die während der Wahl herrschte, durfte man erwarten, daß diese Angriffe nach dem Wahlkampf aufhören werden. Leider erwiesen sich diese Erwartungen als trügerisch.

Die Niederlage, welche die Versöhnler im Wahlkreis Posen während des Wahlkampfes erlitten haben, hat sie völlig aus der Fassung gebracht. Es fehlt nicht an Artikeln, die von Partei- und persönlichen Gehässigkeiten strotzen. Die Palme errang in dieser Beziehung der Goniec Wielkopolski, das Organ von Verschacherern nationaler Grundsätze, vaterländischen Bodens und von Spitzeln. Fast in jeder Nummer wimmelt es von persönlichen Angriffen.

Das der Goniec Wielkopolski mit einer solchen Waffe seine Gegner bekämpfen will, ist verständlich, denn seine Redakteure haben schon vor der Wahl mit der Wahrheit gebrochen, aber daß die Blätter des Herrn Napieralski diese Angriffe abdrucken, das grenzt schon an einen Mangel an Orientierungsgabe in der politischen Situation.

Diese Tatsache beweist unwiderleglich, daß die Blätter des Herrn Napieralski mit der Wahrheit und moralischen Ethik nicht rechnen und im Kampfe mit den Gegnern von jeder Waffe Gebrauch machen.

Der neueste Beweis hierfür:

In Nr. 90 des Gornoslonzak wurde ein Artikel des Goniec Wielkopolski abgedruckt, in welchem der versteckte Autor des Goniec aus Oberschlesien schreibt, daß sich der Abgeordnete Korfanty um den Posten des Vorsitzenden der polnischen Berufsvereinigung bewerbe, daß die Nationaldemokratie mit Hilfe des Abgeordneten Korfanty auf die Besetzung aller Ämter in der Berufsvereinigung Jagd mache und zu diesem Zwecke den berüchtigten Brzeskot berufen habe usw.

Ich weiß wirklich nicht, was man mehr bewundern soll, die Dummheit oder den bösen Willen. Handelt doch so kein Blatt, welches sich selbst achtet und die Möglichkeit besitzt, solche Nachrichten an der Quelle auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Der letzte Abdruck des Goniec-Artikels im Gornoslonzak verrät nicht nur den Verfasser dieser lügenhaften Artikel im Goniec, sondern vor allem auch den Zweck, sie über Posen nach Oberschlesien zu lanzieren.

Das letzte Auftreten des Goniec und des Gornoslonzak beweist noch einmal unwiderleglich, daß sich ihre Redakteure aller sittlichen Gefühle entledigt haben und statt Aufklärung moralische Fäulnis verbreiten.

Das eine wie das andere Blatt ist so tief gesunken, daß es sich ohne Scheu solcher Lügen bedient. Schade, denn die Redakteure sollten doch jene Leuchten sein, die die Fackel der Aufklärung vor der Nation vorantragen.

Aber die Redaktionen dieser Blätter haben schon vorher mit dieser Losung gebrochen und hießen die Gegner der Kandidatur Nowickis für einen Deutschen stimmen.

Wer die nationale Sache so geringschätzt, wird sich auch nicht schämen, Landverschacherer und Spitzel zu verteidigen. Den Gornoslonzak beglückwünsche ich zu der Gesellschaft des Goniec, und ich hoffe, daß er noch oft die Möglichkeit haben wird, die Ehre der Verschacherer vaterländischen Bodens, die Reisener Meister und die Spitzel zu verteidigen. Die soziale und nationale Approbation werde ich mir von Leuten solcher moralischer Qualfikation nicht erbitten. Die Volksgesamtheit aber muß mit diesen Blättern abrechnen und sie dementsprechend unterstützen. Andernfalls muß man befürchten, daß diese Blätter immer mehr Lügen und Verleumdungen ausstreuen und dadurch das Niveau der Arbeit herabsetzen.

Johann Brzeskot.

Aus Nr. 92 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 23. April 1910:

Kryry im Kreise Pleß.

Am 14. d. Mts. fand hier bei uns eine sogenannte Kontrollversammlung statt. Gegen Ende der Versammlung hielt der Herr Major eine schneidige Rede gegen die Polen. Ich will hier seine „Rede" nicht wiederholen, denn es ist schade um den Raum in einer polnischen Zeitung, aber ich möchte den Lesern manche hakatistische Märchen erwähnen. Der Herr Major behauptete, daß es vor 15 Jahren in Schlesien keine Polen gegeben habe, daß wir von deutschen Eltern abstammen, und früher hätte jeder von einem Oberschlesier eins hinter die Ohren gekriegt, wenn man sich erdreistet hätte, ihn einen Polen zu nennen. Er zapfte auch die Sokolvereine und den Straschverein an, und er hätte beinahe Tränen vergossen über die nationale Wiedergeburt der Polen in Oberschlesien. Er erinnerte uns auch an den dem Kaiser geleisteten Eid und ermahnte uns, unsere Kinder in der Liebe zum Kaiser zu erziehen. Hier erinnere ich den Herrn Major nur an eins: Wie haben doch die preußischen Könige die den Polen gegeben Versprechungen gehalten? Wenn nur eine Diskussion und freie Aussprache gewesen wäre, so daß wir ohne Furcht vor den für uns unangenehmen Folgen unsere Ansicht hätten aussprechen können, dann hätte dieser Herr gewiß eine andere Überzeugung von der polnischen Sache. — Unsere Abgeordnete bitten wir bei dieser Gelegenheit, den Kriegsminister zu veranlassen, daß er endlich einmal die Politik beim Militär verbietet und in dieser Beziehung den Übermut mancher Herren Offiziere unterdrücke.

Aus Nr. 97 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 28. April 1910:

Von verschiedenen Seiten

wird uns mitgeteilt, daß Schulinspektoren die Kinder in den oberschlesischen Schulen über die in der Schule herrschenden Verhältnisse ausforschen. Das ist eine Folge der von dem Abgeordneten Korfanty in vergangener Woche im Landtage gehaltenen Rede. Besonders werden diejenigen Kinder vernommen, die von uns für geschriebene Briefe Prämien erhielten. Die Eltern mögen nichts fürchten, es wird ihnen nichts geschehen, und die Kinder mögen gleichfalls nichts fürchten, sondern dreist die Wahrheit sagen, damit der Minister die Bestätigung erhält, daß die Schulverhältnisse bei uns tatsächlich traurig sind. Wenn manche Kinder dafür bestraft werden sollten, daß sie uns mitgeteilt haben, was in der Schule vorgeht, dann bitten wir, uns davon unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

Aus Nr. 53 des Katolik (Beuthen O.-S.)
vom 3. Mai 1910:

Bilanz der **Bank ludowy — Volksbank**
eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht
Pleß O.-S.
für das Rechnungsjahr 1909.

Aktiva ℳ		Passiva ℳ
—	Reservefond	17 223,71
—	Spezial-Reservefond	79,65
—	Geschäftsanteile	5 436,20
—	Spareinlagen	440 208,62
—	Zur Disposition der Generalversammlung	731,80
10 000,—	Aktien bei der Bank Zwionsku Posen	2 500,—
500,—	Banken	7 500,—
31,75	Prozeß- und Verwaltungskosten der Mitglieder	—
435 529,85	Wechsel	—
10 775,38	Barbestand	—
1 343,75	Geschäftseinrichtung	—
458 179,98		458 179,98

Mitgliederzahl Anfang 1909 291
Im Laufe des Jahres 1909 traten bei 155
zusammen 446
Im Laufe des Jahres traten aus 5
Für das Jahr 1910 verblieben ..... 441 Mitglieder.

Bank ludowy — Volksbank
eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.
Wiera. Lazar. Kędzior.

Aus Nr. 47 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 23. April 1910:

Wir suchen

einige kleinere Wirtschaften von 30 bis 60 Morgen, am liebsten in den Kreisen Ratibor, Oppeln oder Kosel zu erwerben.

Wir befassen uns mit der Vermittelung beim Kauf und Verkauf ländlicher Wirtschaften. Wer Lust hat, seine Wirtschaft zu verkaufen oder eine andere Besitzung zu erwerben, wende sich an die

Spolka parcelacyjna
Parzellierungs-Genossenschaft in Beuthen O.-S.

Aus dem Innern und Westen Deutschlands.

Aus Nr. 93 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 24. April 1910:

Aufruf
des Komitees für die Ferienkolonien in Berlin.

Landsleute!

Inmitten des Kampfes um unsere Muttersprache und um unsere polnischen Sitten, sind wir Polen in Berlin und Umgegend besonders von einer Sorge erfüllt; das ist die Sorge um die polnische Erziehung unserer Kinder hier in der Fremde, um die Errettung des jungen Geschlechts vor der Verdeutschung. Mit Schmerzen müssen wir sehen, was für eine bedeutende Anzahl von Kindern polnischer Eltern garnicht polnisch sprechen kann, oder die Muttersprache unbarmherzig verstümmelt, indem sie die polnischen Worte häufig mit deutschem Akzent aussprechen.

Die Ursachen sind verschiedener Natur. Neben einer strafwürdigen Gleichgültigkeit eines Teils der hier Brot suchenden Landsleute, einer häufig niedrigen Stufe ihrer nationalen Aufklärung und einem ungenügenden Pflichtgefühl gegenüber den Kindern, tragen zur Verdeutschung unseres jungen Geschlechts bei: die ganze hiesige Umgebung, die ungeheure Ausdehnung der Zweimillionenstadt und das hierdurch hervorgerufene sehr schwierige Zusammenleben der Landsleute unter einander, ferner die Schule, die für die geistigen Sonderbedürfnisse der polnischen Kinder naturgemäß kein Verständnis hat, sowie die Kirche, die gegebenenfalls auch einen großen germanisierenden Einfluß ausübt. Alles dies wirkt auf den Geist der polnischen und besonders derjenigen Kinder schädlich ein, deren Eltern, häufig sowohl der Vater wie die Mutter, gezwungen sind, den ganzen Tag außerhalb des Hauses zu arbeiten, und die infolgedessen, wir wollen einmal sagen, ihre Erziehung mit den Kindern der deutschen Nachbarn auf der Straße genießen.

Die unter solchen Verhältnissen erzogenen Kinder neigen unwillkürlich zum Deutschtum, und die Eltern haben häufig viel Mühe und Not, sie zum Polnischsprechen und zum Lernen der Muttersprache zu bewegen.

Das beste Mittel, die Germanisierung der Kinder der polnischen Auswanderer zu paralysieren, wäre unserer Meinung nach ihre zeitweise Unterbringung in der Heimat. Dieses Mittel wäre auch mit Rücksicht auf die für ihre physische Entwicklung sehr ungünstigen Gesundheitsverhältnisse der Zweimillionenstadt geboten, und besonders in ihren Fabrikvierteln, in denen überaus klägliche Wohnungsverhältnisse für die Arbeiter herrschen.

Leider ist dieses Mittel nicht durchführbar, zunächst deswegen nicht, weil zu seiner Durchführung sehr große Summen erforderlich wären, die wir nicht

besitzen, und ferner wegen der schon an und für sich zu großen Belastung unserer Landsleute in der Heimat mit Opfergaben für verschiedene, vielleicht wichtigere und eiligere nationalen Bedürfnisse.

Wir müssen uns also darauf beschränken, diejenigen Kinder in die heimatlichen Gegenden zu schicken, die dort Verwandte haben, die bereit sind, ihnen während der großen Ferien Gastfreundschaft zu gewähren; wir bemühen uns dagegen, ihre gemeinsame Reise in die Heimat zu organisieren und zu bezahlen.

Um ihnen dies auch in diesem Jahre zu ermöglichen, fordert das unterzeichnete Komitee alle aufrichtigen Polen, die für die polnischen Kinder in Berlin und Umgegend ein Herz haben, auf, zu diesem so notwendigen und nützlichen Zweck beizusteuern.

Indem wir unsere Kinder während der Ferien in die Heimat schicken, haben wir nicht nur ihre körperliche Kräftigung im Auge, sondern was vielleicht noch wichtiger ist, **ihre geistige Stärkung.** Dort in unserem ewigen Lande, in rein polnischer Umgebung, sollen sie das mit dem Blut unserer Vorfahren durchtränkte Land und die Menschen noch mehr lieben lernen, in denen ein mit uns gemeinsames Blut fließt und die unsere polnische Sprache und unsere polnischen Sitten über alles lieben.

Wer von uns möchte nicht helfen, ein solches Ziel zu erreichen?

Landsleute! Sammelt überall, wenn auch nur die kleinsten Gaben, wir nehmen alles mit Dank an und werden öffentlich quittieren.

Und wer es vermag, der nehme in sein Haus wenigstens eins der armen polnischen Berliner Kinder auf, was uns am angenehmsten und für die Sache selbst äußerst gut und nützlich wäre.

Berlin, im April 1910.

Das Komitee für Ferienkolonie in Berlin.

Franciszek Krysiak, Vorsitzender, Michal Gulcz, Schriftführer, Michal Wrobel, Haupt-Schatzmeister, Julian Sokolowski, Schatzmeister der Ferienkolonien, Kazimierz Bronikowski, J. Cyganski, Antoni Nowak, Jozef Matuszewski, Wladislaw Stachowski, Maksymilian Kozikowski, Kazimierz Ossowski, Karol Rose.

Gaben für die Ferienkolonien bitten wir an die Redaktion des Dziennik Berlinski, z. H. des Schatzmeisters des Komitees, Herrn Julian Sokolowski (Berlin, Kochstr. 19), zu schicken, oder auch in die zu diesem Zweck den Vereinsdelegierten und Komiteemitgliedern übergebenen Listen zu zeichnen.

Die Anmeldung der Kinder, welche untergebracht werden sollen, sowie alle Auskünfte über sie sind an den Komiteevorsitzenden, Herrn Franciszek Krysiak (Berlin O, Raupachstr. 6), zu richten, und zwar spätestens bis 3 Wochen vor Beginn der großen Ferien. Wer sich später meldet, kann nicht mehr berücksichtigt werden.

Aus Nr. 93 des Dziennik Berliński (Berlin) vom 24. April 1910:

Berlin, den 23. April 1910.

Heute hat das Mitglied des Reichsrats in Wien und Stadtverordneter der Stadt Krakau Herr **Adam Doboszynski,** der sich hier auf der Durchfahrt **nach Washington** aufhält, wohin er sich als Delegierter der Stadtverordnetenversammlung Krakau zur Denkmalsenthüllung für Kosciuszko und Pulaski begibt, unsere Redaktion besucht.

Aus Nr. 48 des Narodowiec (Herne) vom 21. April 1910:

Duisburg-Hochfeld, den 7. April.

Geehrte Redaktion! Die Enttäuschung, die ich erlebt habe, als ich zum Herrn Propst von der St. Petrikirche ging, um ihn zu bitten, aus Anlaß des fünfjährigen Jubiläums des hiesigen **Sokolvereins** die Erlaubnis zur Abhaltung eines polnischen Gottesdienstes zu erteilen, veranlaßt mich, einige Worte niederzuschreiben. Der hiesige Sokolverein, der am 2. Pfingstfeiertage sein Jubiläum feiern will, hat mit Rücksicht darauf, daß es sich um das fünfjährige Jubiläum handelt, beschlossen, es etwas feierlicher und mit einer schönen Andacht in der Kirche zu begehen. Aber auch der Umstand hat uns dazu veranlaßt, sich um eine polnische Andacht zu bemühen, weil auf dem letzten Sokolgautage ein landsmännischer Geistlicher uns den Vorwurf gemacht hat, daß sich die Sokols wenig oder gar nicht um Religion und Kirche kümmerten. Wir wollten damit gerade beweisen, daß die Sokols außer ihrem Nationalitätsgefühl auch den Glauben ihrer Vorfahren nicht vergessen haben, denn ein guter Pole ist, wie die Geschichte Polens zur Genüge beweist, gleichfalls auch ein guter Katholik. Am 5. April begab ich mich mit noch einem Vorstandsmitgliede des „Sokolvereins" zum hiesigen Herrn Propst mit der Bitte, uns am zweiten Pfingstfeiertage die Abhaltung einer polnischen Andacht zu gestatten. Doch als der Propst erfuhr, daß es sich um Sokols handle, wollte er nichts davon hören, da, wie er sagte, der Sokolverein ein weltlicher Verein sei, dem er die Kirche nicht zur Verfügung stellen werde. Aber wir haben doch eine Fahne, die in der Kirche geweiht worden ist, sagte ich. Wo ist sie denn geweiht worden? fragte der Herr Propst. **In Holland,** antwortete ich. Holland geht uns hier nichts an, antwortete der Propst. Vielleicht würden Sie aber eine polnische Andacht für die Gesamtheit der Polen in Hochfeld gestatten? frug ich; denn die Polen haben an und für sich wenig Andachten. Dafür seid Ihr auch in der Fremde, und Ihr müßt Euch damit abfinden, da wir uns, wenn wir zu Euch nach dem Osten kommen, auch den dortigen Verhältnissen unterwerfen müssen, erwiderte der Herr Propst. Aber Herr Propst, antwortete ich, darin besteht doch ein großer Unterschied, denn bei uns in Polen werden, wenn auch nur für einige Deutsche, deutsche Andachten abgehalten. Ich wollte noch hinzufügen, daß das sogar mit Schmälerung der ungeheuren Mehrheit der polnischen Parochianen geschieht. Aber ich konnte diesen Satz nicht mehr vollenden, denn der Herr Propst öffnete die Tür und gab uns zu verstehen, es sei die höchste Zeit, daß wir uns hinausscherten, was wir auch gleich taten, um uns nicht Unannehmlichkeiten auszusetzen. Bei dieser Gelegenheit muß ich noch erwähnen, daß, als die erste (polnische) Andacht in der Petrikirche zu Hochfeld abgehalten werden sollte, der Herr Propst fragte, ob es sich auch verlohne, eine polnische Andacht abzuhalten. Darauf erhielt er von einer interessierten Person die Antwort, daß die Polen freigebig seien. Also ob es sich verlohnt? So hat der Herr Jesus nicht gehandelt, sondern er hat gepredigt, ohne zu fragen, ob es sich verlohnt. Lasset uns daran denken, wenn wiederum polnische Hilfe notwendig sein wird. Wenn sie mit der Droschke zu uns kommen werden, damit wir unsere Stimme abgeben, dann werden wir wissen, was wir zu tun haben.

Ein Landsmann.

Aus Nr. 52 des Narodowiec (Herne)
vom 30. April 1910:

Zu der Wahl des Vorsitzenden der Handwerker- und Arbeiterabteilung der polnischen Berufsvereinigung

Nowicki in **Posen**
zum Reichstagsabgeordneten

schreibt der Narodowiec u. a.:

Wir hoffen, daß jetzt, nachdem das Mandat des Herrn Nowicki (von der polnischen Wahlorganisation) anerkannt worden ist, die im Wahlkampfe geschlagenen Wunden schnell heilen werden und der für die Gesamtheit so notwendige Friede eintreten wird. Wir hoffen insbesondere, daß Herr Nowicki, der jetzt ein größeres Betätigungsfeld hat, dafür sorgen wird, daß **aus Polen** schließlich jene „Hirsch-Dunckerschen" und „christlichen" Gewerkvereine verschwinden, die sich dort in den polnischen Städten mit Hilfe der polnischen Mitglieder erhalten, und daß sich die Gesamtheit der polnischen Handwerker und Arbeiter in der „Polnischen Berufsvereinigung" organisieren wird.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 181 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 22. April 1910:

Junkerhafter Absolutismus.

Wenn der deutsche Freiheitsdichter und Verherrlicher der Revolution von 1848, Georg Herwegh, aus dem Grabe aufstehen und sich die Zustände in Preußen ansehen möchte, würde er sich überzeugen, daß sich in diesem Staate seit sechzig Jahren in mancher Hinsicht nichts geändert hat. Namentlich hat sich ein Stand, der sich als den höchsten im Staate und als die mächtigste Stütze der Monarchie betrachtet, der Stand der preußischen Junker, nicht geändert. Deren angeblich unverbrüchliche Treue zum Throne und Begeisterung für den monarchischen Absolutismus verspottete Herwegh in einem glänzenden satirischen Gedicht, dessen jede Strophe mit den Worten endete: „Und der König absolut — wenn er unseren Willen tut!" — Daß es noch heute so ist, das bewiesen in den letzten Tagen die Vorkommnisse in den beiden Häusern des preußischen Landtages.

Im Abgeordnetenhause gab es vor einigen Tagen einen kleinen Sturm. Seit den letzten Wahlen, seit ungefähr drei Jahren, gibt es dort eine Handvoll Sozialdemokraten, bestehend aus sieben Abgeordneten. Schon allein deren Anwesenheit in diesem Hause der „guten Sitten" war und ist fortwährend ein Ärgernis für die Junker und Landräte. Jede dreistere Äußerung dieser Abgeordneten ruft deshalb auch auf der Rechten des preußischen Landtages laute Erscheinungen „sittlicher Entrüstung hervor. Die preußische konservative Presse führt fortwährend darüber Klage, daß infolge des „Eindringens" der Sozialdemokraten in das Abgeordnetenhaus der dort früher herrschende „gute Ton" verflache und daß dieser gesetzgebende Körper mit jedem Tage den Volksparlamenten ähnlicher werde, die aufgrund des geheimen Wahlrechts gewählt würden. In dieser Klage ist viel Heuchelei enthalten.

Wenn nämlich in diesem Hause seit einiger Zeit die Kämpfe einen schärferen Charakter annehmen und dort etwas deutlichere Worte fallen, so tragen vor allen Dingen die Konservativen selbst die Schuld daran, denn sie fordern auf Schritt und Tritt ihre „roten" Feinde heraus, aus ihrem Munde fallen unter der Adresse der Sozialdemokraten Ausdrücke, wie „Gesindel", „Räuber", „Frechheit", „Fort mit ihnen"; sie haben also kein Recht, darüber entrüstet zu sein, wenn die Sozialdemokraten ihnen gleiches mit gleichem vergelten und sie mit gleichen Kraftausdrücken belegen.

Um gegen diese Eindringlinge im Landtage vollständig freie Hand zu haben, haben die Konservativen selbst den Beschluß gefaßt, die Zurufe während der Verhandlungen in die Protokolle oder in die stenographischen Berichte nicht aufzunehmen. Sie haben dies jedoch bald bereut. Vor ungefähr acht Tagen nämlich hat einer der sozialdemokratischen Abgeordneten den Eisenbahnminister durch den Ruf „Leere Redensarten, nichts weiter!" unterbrochen. Die konservative Rechte hielt dies für eine dem Vertreter des Königs ins Gesicht geschleuderte Beleidigung und der Präsident des Landtages, Herr Joachim von Kröcher, belehrte sofort den sozialdemokratischen Rebellen, er müßte sich in dem „hohen Hause" so benehmen, wie dies „königstreuen Männern gezieme".

Diese unglückliche Abfertigung wegen des loyalen Verhaltens hatte eine unerwartete Wirkung. Die Sozialdemokraten brachen in ein lautes Gelächter aus und einer von ihnen rief: „Schlechter Witz!", ein anderer aber bemerkte: „Lassen Sie uns in Ruhe mit dieser Treue!"

Unter den Konservativen fing es an zu kochen. Die Zurufe der Sozialdemokraten wurden als Verhöhnung des monarchischen Gedankens, der Achtung vor dem Throne erachtet, und es wurde daraus eine hochpolitische Aktion gemacht. Der Abgeordnete Graf v. Moltke drohte, er würde, falls dem Präsidenten nicht die Möglichkeit gegeben würde, derartige Übergriffe streng zu ahnden, sein Mandat niederlegen, andere Junker aber stellten sofort den Antrag auf Verschärfung der Hausordnung, die da gestattete, derartige „Ungehörigkeiten" der sozialdemokratischen Abgeordneten durch deren Ausschluß während so und so vieler Sitzungen zu bestrafen. Über die Angelegenheit berät zur Zeit eine Kommission, die, wie die letzten Telegramme berichten, damit einverstanden ist, daß der Landtags-Präsident, nach dem Beispiele der österreichischen „lex Falkenhayn", das Recht habe, „trotzköpfige Abgeordnete" mit Hilfe von Militär und Polizei aus dem Sitzungssaale zu entfernen. Und dies alles lediglich deshalb, weil ein sozialdemokratischer Abgeordneter für richtig erachtete, es für einen „faulen Witz" zu halten, daß man ihn an die Königstreue erinnerte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dies nur ein Vorwand ist, daß die preußischen Junker längst schon auf eine passende Gelegenheit warten, um die Stimmenfreiheit nicht nur der Sozialdemokraten, sondern auch die der Freisinnigen und der Polen zu beschneiden.

Indes haben schon einige Tage später die Vertreter des Junkerkonservatismus, die im Abgeordnetenhause so scharf für das Ansehen der Krone und ihrer Minister eintraten, bewiesen, daß sie selbst sehr illoyal zu sein verstehen, wenn ihre Interessen den Regierungsbestrebungen zuwiderlaufen. Und sie bewiesen dies sogar im Herrenhause. Letzteres verhandelt zurzeit bekanntlich über das im Abgeordnetenhause durchgekommene neue Wahlrecht. Abgesehen davon, daß sich dort Stimmen haben hören lassen, die Reform des gegenwärtigen preußischen Wahlrechts sei vollständig überflüssig, da das Gesetz gerade „ideal" sei, daß einer der Grafen darin dessen größten Vorzug erblickte, daß es das Volk gegen die Wahlen abgeneigt mache — da das Volk an sich schon zu viel politisiere — andere Ansichten seitens der Nachkommen ehemaliger Raubritter konnte man nicht erwarten — aber sie gingen noch weiter. Obwohl der Reichskanzler von Bethmann Hollweg erklärt hatte,

die Regierung nehme die im Abgeordnetenhause durchgegangene Vorlage an, er bitte nur um deren Vervollständigung durch Zusätze, die von dem Abgeordnetenhause nicht berücksichtigt worden seien, hat die Mehrheit des Herrenhauses nicht nur den Wunsch nicht erfüllt, sondern dem Reichskanzler und der Regierung gegenüber eine geradezu oppositionelle Stellung eingenommen. Die Vorlage des Abgeordnetenhauses wurde in einigen Punkten noch verschlechtert, überdies in der Herrenhaus-Kommission ihr noch eine Vorschrift eingefügt, die im Abgeordnetenhause niemals die Mehrheit finden wird, nämlich, daß alle späteren Wahlrechtsreformen mit $^2/_3$ Stimmenmehrheit des Abgeordnetenhauses durchgeführt werden könnten. Das bedeutet nichts mehr und nichts weniger, als die Unmöglichkeit jeglicher weiterer Reform, denn in einem nach diesem Wahlsystem gewählten Hause wird sich niemals eine liberale Mehrheit von $^2/_3$ der Stimmen finden. Diese Bestimmung aber wurde der Vorlage eingefügt, trotz der Erklärung des Reichskanzlers, daß sie auch für die Regierung unannehmbar sei.

Hier wurde also der Loyalismus vergessen, man vergaß, daß man sich so verhalten müsse, wie es „königstreuen Leuten gezieme", denn hier handelt es sich um die Privilegien der Junker. „Und der König absolut — wenn er unseren Willen tut." —

Man ist jetzt allgemein gespannt, was weiter geschehen wird. Wenn das Herrenhaus den Beschluß seiner Kommission bestätigt, müßte von Bethmann Hollweg aus dieser Tatsache die Schlußfolgerung ziehen und zurücktreten. Wenn er aber nicht abgeht, wenn er sich dem Willen des Herrenhauses fügt und dadurch die ganze Wahlreform zunichte macht, wird es sich erneut zeigen, daß der absolute, über der Krone und der Verfassung stehende Herrscher in Preußen immer noch, wie zu Zeiten Herweghs, der preußische Junker ist.

Aus Nr. 189 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 25. April 1910:

Eine Wendung in Preußisch-Masovien.

In dem masurischen Wahlkreise Lyck-Oletzko-Johannisburg hat bei der Reichstags-Ergänzungswahl der national-liberale Kandidat, der Landwirt Kochan, gesiegt. Dieser fast rein masurische Wahlkreis gehörte zu den sichersten Bollwerken der Konservativen. Im Jahre 1903 erhielt der konservative Kandidat 17 577 Stimmen und im Jahre 1907 sogar 20 343. Dank der geradezu wahnsinnigen Agitation, die nach dem Ortelsburger Mazur 30 000 Mark gekostet haben soll, erhielten gegenwärtig die Nationalliberalen 12 655 und die Konservativen nur 10 161 Stimmen. Im Jahre 1903 erzielte der Freisinnige nur 678 Stimmen.

Das sind Zahlen, die zu denken geben. Die konservative Wirtschaft ist den Masuren offenbar lästig geworden. Die Erbitterung wurde hauptsächlich infolge der neuen Steuern hervorgerufen; die Entrüstung herrscht nicht allein in diesem Wahlkreise. Überall lassen sich Stimmen hören: „Wartet nur bis zu den nächsten Wahlen, und wir werden Euch schon zeigen!" Die Wahlen in dem erwähnten Wahlkreise haben bewiesen, daß Überraschungen in Masovien nicht ausgeschlossen sind. Die durch den Erfolg dreister gewordenen Nationalliberalen werden alle Hebel in Bewegung setzen, um den Konservativen die masurischen Mandate fortzunehmen und dadurch ihre in letzter Zeit so geschwächten Reihen zu stärken. Nach dieser Richtung hin entfalten sie eine rasende Agitation. Wenn nicht von einer anderen Seite Hilfe kommt, so wird der Einfluß der Konservativen in Masovien in die Hand der Nationalliberalen übergehen und die Masuren kommen aus dem Regen unter die Traufe. Die erwähnte Zeitschrift Mazur bringt von einem ihrer Leser noch einen Artikel aus dem Kreise Oletzko, der gewissermaßen eine Aufklärung darüber gibt, weshalb die masurischen Wähler gern für den nationalliberalen Kandidaten Herrn Kochan gestimmt haben. In dem Artikel lesen wir u. a.:

„Im Grunde genommen ist es besser, daß der Liberale Kochan über den Konservativen siegte. Es ist dies eine Lehre für die Konservativen, denn wenn eine neue Wahl stattfinden wird, so wird kein Konservativer mehr Abgeordneter in Masovien werden. Herr Kochan besitzt ein kleines Bauerngut und ist ein geborener Masure, er beherrscht die polnische Sprache vollständig und Niedzwieckie, woher Kochan stammt, ist ein fast völlig polnisches, masurisches Dorf."

Die Wendung ist bemerkenswert, doch wird wohl daraus für das Polentum kein Vorteil entstehen. Die Nationalliberalen sind in ihren germanisatorischen Bestrebungen noch verbissener als die konservativen ostpreußischen Junker.

Aus Nr. 183 der Nowa Reforma (Krakau) vom 23. April 1910:

Die Wahl des Abgeordneten Nowicki.

Wie von vornherein vorauszusehen war, hat die polnische Bevölkerung des Posener Wahlkreises, trotz innerer Zerwürfnisse, es nicht so weit kommen lassen, daß die Hauptstadt Großpolens im deutschen Reichstage durch einen Deutschen vertreten wird. Die Wähler und Anhänger des amtlichen polnischen Kandidaten bei der Hauptwahl, Sosinski, haben mehr nationale Disziplin bewiesen als die dortigen Nationaldemokraten und solidarisch für den nationaldemokratischen Sezessionskandidaten Nowicki gestimmt und ihm dadurch den Sieg über den Kandidaten der verneinten Deutschen gesichert. Er erhielt sogar mehr Stimmen als die beiden polnischen Kandidaten bei der ersten Wahl, was beweist, daß ein Teil der polnischen Wähler, die, durch die Zersplitterung und Sezession verärgert, sich bei der ersten Wahl der Abstimmung enthielten, jetzt ihre Pflicht erfüllten.

Trotzdem ist die Zahl der abgegebenen polnischen Stimmen immer noch um über 1000 kleiner als vor drei Jahren, während der deutsche Kandidat, Dr. Wilms, 2000 Stimmen mehr erhielt als damals. Diesen Stimmenrückgang auf polnischer Seite kann man sich dadurch erklären, daß auch diesmal noch eine größere Anzahl polnischer Wähler sich an der Wahl nicht beteiligte. Schwieriger dagegen läßt sich die außergewöhnliche Zunahme der deutschen Stimmen erklären. Die Möglichkeit, daß ein gewisser Teil der Polen, um ihre Unzufriedenheit mit dem Triumphe der Sezession zu zeigen, für Dr. Wilms gestimmt habe, ist als völlig ausgeschlossen zu betrachten; in den großpolnischen Verhältnissen kann von einem derartigen nationalen Verrat nicht einmal die Rede sein. Entweder haben also diesmal die sozialdemokratischen Wähler, die Dr. Wilmschen Wählerreihen verstärkt, um gegebenenfalls die Wahl eines nationalpolnischen Arbeiters zu verhindern, oder der Zuwachs ist auf die Weise entstanden, daß die Deutschen ausnahmslos alle ihre Wähler, die letzten Reserven, die früher sich an den Wahlen nicht beteiligten, mobilisiert haben. Diese letzte Möglichkeit ließe darauf schließen, daß man sich auf deutscher Seite der Täuschung hingab, die Sosinskischen Wähler würden Nowicki nicht unterstützen oder doch wenigstens nur zum geringen Teil und angesichts dessen der Sieg des

Deutschen möglich sein. Jedenfalls ist der Rückgang der polnischen Stimmen eine traurige Erscheinung und der beste Beweis für die Schädlichkeit der inneren Zwistigkeiten angesichts des Feindes. Als günstige Tatsache dagegen ist der Umstand zu betrachten, daß in die polnische Fraktion endlich einmal auch ein Vertreter der polnischen Arbeiter hineinkommen wird. Daß die polnische Fraktion ihn, nach Erfüllung der von den Wahlbehörden geforderten Formsachen, in ihre Mitte aufnehmen wird, das unterliegt keinem Zweifel.

Aus Nr. 111 des Dziennik Polski (Lemberg) vom 25. April 1910:

Krakau, den 25. April 1910.

Die Grunwaldfeier.

Das Landeskomitee für die Grunwaldfeier hielt am Sonntag vormittag im Krakauer Rathaussaale eine Sitzung ab. Die Erschienenen wurden von dem Stadtpräsidenten Dr. Leo begrüßt, und es wurde ihnen mitgeteilt, daß auf der Tagesordnung die Beschlußfassung über die Grunwaldfeier und über die Aufbringung der Kosten für deren Veranstaltung stehe. Das Magistrats-Kollegium habe zu diesem Zwecke 60 000 Kronen bewilligt.

Die Feier solle, bemerkte der Redner, eine allgemein polnische sein unter Beteiligung der breitesten Gesellschaftsschichten; es handele sich darum, daß einer der glänzendsten Augenblicke in der Geschichte der polnischen Nation in einer seiner Bedeutung entsprechenden Weise zum Ausdruck komme.

Hierauf folgte die Wahl des Präsidiums. Zum Vorsitzenden wurde Dr. Leo gewählt. In den Vorstand des Landeskomitees wurden durch Zuruf gewählt: der Präsident der Stadt Lemberg, Ciuchcinski, der Präsident der Stadt Krakau, Leo, der Vorsitzende des Krakauer Kreisrats, Graf Stephan v. Skrzynski und der Bürgermeister von Przemysl, Dr. Dolinski, ferner zu stellvertretenden Vorsitzenden: der Bürgermeister der Stadt Bochnia, Dr. Maiß, der Vorsitzende des polnischen Sokolverbandes, Fischer, der Amtsvorsteher aus Toki bei Krakau, Joseph Serczyk, der Vizemarschall des Tarnopoler Kreisausschusses, Gloger und Bürgermeister in Stanislau, Dr. Nimhin.

Hierauf verlas der Schriftführer des Komitees das nachstehende Festprogramm: der 15. Juli 1910 soll, als der Tag der Schlacht bei Grunwald, zu einem nationalen Feiertage von ganz Polen erklärt werden. An diesem Tage sollen die wichtigsten Punkte des Festprogramms zur Ausführung gelangen und zwar:

1. ein Dankgottesdienst in der Marienkirche;
2. Enthüllung des Jagiello-Denkmals auf dem Matejko-Platze;
3. Eröffnung der Ausstellung von Altertümern aus der Jagiellonischen Zeit;
4. Vorträge über den in der Geschichte Polens denkwürdigen Tag;
5. Theatervorstellungen und Volksspiele;
6. Allgemeine Illumination der Stadt. Am folgenden Tage finden öffentliche Vorführungen der polnischen Sokolvereine und am 17. Juli (Sonntag) nach einem Feldgottesdienste ein Festzug von Blonie nach dem Wawel statt.

Nach lebhaften Erörterungen wurde das Programm einmütig angenommen und beschlossen, sich wegen der Deckung der Kosten an die Vertretungen der Stadt- und Landgemeinden, an die verschiedenen Anstalten und Kreisausschüsse zu wenden.

Aus Nr. 193 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 27. April 1910:

Die Polen und das Posener Schloß.

In einer unlängst in Schrimm stattgefundenen öffentlichen Versammlung, in der die polnischen Abgeordneten v. Niegolewski und Korfanty über die Tätigkeit der polnischen Fraktion berichteten, hatte sich einer der Bürger mit der Frage an sie gewendet, wie viel Wahres an den Gerüchten sei, daß die polnischen Abgeordneten die Absicht hätten, sich an den Eröffnungsfeierlichkeiten des Posener Schlosses zu beteiligen.

In Beantwortung dieser Frage erklärte der Abgeordnete v. Niegolewski, daß sich die polnischen Abgeordneten bis jetzt mit dieser Angelegenheit noch nicht befaßt hätten. Vielleicht habe man sich privatim darüber unterhalten; er sei jedoch fest davon überzeugt, daß, falls ein derartiger Antrag gestellt werden sollte, er die gebührende Abfertigung erfahren würde.

Der Abgeordnete Korfanty hat die Ausführungen des Abgeordneten v. Niegolewski unterstützt und versichert, daß die Stimmung eine derartige sei, daß kein polnischer Abgeordneter die Schwelle des königlichen Schlosses in Posen, das doch nicht im Interesse der polnischen Bevölkerung erbaut werden sei, übertreten dürfe.

Die Versammelten haben die Erklärung mit großer Befriedigung entgegengenommen.

Aus Nr. 79 des Dziennik Związkowy-Zgoda (Chicago) vom 5. April 1910:

Der national-polnische Kongreß.

Am Donnerstag, dem 31. März fand in Chicago eine Sitzung der Repräsentanten der Presse und der polnisch-katholischen Organisationen statt, welche durch Seine Eminenz den Bischof P. Rhode zwecks Besprechung von Fragen über die Beteiligung an dem national-polnischen Kongreß in Washington einberufen wurde. Aus dem Dziennik Chikagoski erfahren wir, daß in dieser Sitzung der Beschluß gefaßt wurde, an dem national-polnischen Kongresse nicht teilzunehmen. Der Beschluß wurde von der Versammlung durch entsprechende Resolutionen begründet, welche ebenfalls in dem Dziennik Chicagoski bekannt gemacht wurden.

Dem ehrwürdigen Bischof Rhode sind wir für das Ergreifen der Initiative zu dieser Zusammenkunft sehr dankbar und zwar aus verschiedenen Gründen: Erstens haben wir dank dieser Initiative genau erfahren, welcher Teil unseres polnischen Emigrantentums sich zu dem Lager zählt, welches man abwechselnd das erhaltende und polnisch-katholische nennt. Zweitens haben wir erfahren, wer von den Landsleuten die brüderliche Einladung des Bundes zur gemeinsamen Arbeit und zu den gemeinsamen Beratungen abgewiesen hat. Drittens wissen wir, warum diese Einladungen abgewiesen wurden; oder in welcher Weise die Geistlichen, welche mit dem Bunde nicht sympathisieren, dem unter ihrer Kontrolle befindlichen Teil des Volkes Veranlassung geben, um den Bruch der nationalen Solidarität zu begründen. Es hat sich gelohnt, alles das zu erfahren. Da uns diese Nachrichten die am Donnerstag stattgefundene Zusammenkunft brachte, so gebühret ihr dafür aufrichtige Anerkennung.

Der Aufforderung des Bischofs haben die nachstehenden Organisationen Folge geleistet: Die polnisch-römisch-katholische Vereinigung, der Verein der Weltgeistlichen, der polnisch-katholische Bund, der Verein

der Polen in Amerika (Milwaukee), die Macierz Polska, die polnische Union mit dem Vorstand in Wilkes Barre, die polnisch-römisch-katholische Vereinigung in Winon und der St. Josephs-Verein in Pittsburg. Die Presse wurde durch Vertreter folgender Zeitschriften repräsentiert: Dziennik Chikagoski, Polonia-South Chicago, Narod Polski, Nowiny Polskie in Milwaukee und Wielkopolanin in Pittsburg. Außerdem haben an der Versammlung 4 Geistliche teilgenommen.

Da zu dieser Versammlung das ganze polnisch-katholische Lager einberufen wurde, in diesem aber Gehorsam eine fleißig geübte Tugend ist, so darf angenommen werden, daß das ganze Lager der Einberufung Folge leistete. Aus dem Vorstehenden ersehen wir daher, aus welchen Organisationen sich dieses Lager zusammensetzt und welche Zeitschriften diesem Lager angehören. Es sind dies ein größerer und fünf kleinere weltliche Vereine, sowie zwei Tages- und zwei Wochenblätter, welche das Lager bilden, das sich mit Recht oder Unrecht katholisch nennt, als ob die anderen in der Emigration lebenden Polen keine Katholiken wären. Der Katholizismus dieses Lagers kennzeichnet sich nach außen hin den Geistlichen gegenüber durch blinden Gehorsam in politischen und nationalen Sachen, die mit der Religion nichts Gemeinsames haben.

Es sind dies jedoch bereits bekannte Sachen und eine weite und breite Beschreibung derselben ist zwecklos. Daß ein gewisser Teil des polnischen Klerus in Amerika stets ein Vorurteil gegen den national-polnischen Bund hegt und seinen sämtlichen, auch den besten und nützlichsten Arbeiten feindlich gesinnt ist, wissen wir alle. Es ist uns gleichfalls bekannt, daß es sich hier nicht um die Religion, sondern um ganz was anderes handelt, welches von der letzteren soweit entfernt liegt, daß man einen Zusammenhang zwischen dem einen und dem anderen nicht finden kann.

Es handelt sich diesen Geistlichen um die absolute Macht über das Volk in weltlichen Angelegenheiten, in politischen nationalen und anderen Fragen. Das Volk wiederum seinerseits hält es nicht für angängig, die Macht über sich selbst Personen zuzuerkennen, welche es zwar ihres Standes und Berufes wegen ehrt, jedoch zum Regieren nicht für konpetent und berechtigt erachtet. Das Volk will sich selbst regieren. Zu diesem Zwecke gründet es nationale Organisationen, in denen es sich selbst Rechte und Vorschriften gibt, und diese durch seine Beamten ausführen läßt.

Der national-polnische Bund ist eben eine solche große, nationale Organisation, in der sich das polnische Volk mit seinem Willen und mit seinem Verstand selbst regiert. Aber gerade deshalb steht ein Teil der polnischen Geistlichen dem Bunde schroff gegenüber, trotzdem die ungeheure Mehrzahl der Mitglieder des Bundes Katholiken und Parochianen dieser Geistlichen sind und der Bund selbst gegen die Religion niemals aufgetreten ist. Da man es jedoch nicht offen verkünden kann, daß man mit dem Bunde um die Macht über das Volk kämpft, da dies sonst ein Zugeständnis wäre, daß man mit dem Volke selbst kämpft, — und dies zu bekennen nicht ratsam ist, so setzen die — nur um weltliche Grundsätze kämpfenden Geistlichen stets religiöse Fragen in den Vordergrund, mit Hilfe derer sie den weniger gebildeten Teil des Volkes die Augen verschleiern.

Es ist dies eine bekannte und eine durchaus natürliche Sache. Von dieser Seite aus erwartete der Bund niemals Anerkennung und erwartet sie auch heute nicht; übrigens hat es der Bund schon mehrere Male bewiesen, daß er, ohne sich dadurch zu schaden, auf diese Anerkennung verzichten kann.

Wir bedauern mindestens unendlich, daß sich unsere Brüder von der polnisch-römisch-katholischen Vereinigung und von den anderen kleinen Organisationen in rein nationalen Sachen durch einige Geistliche am Gängelbande führen lassen.

In Fragen religiöser Natur sollen diese Brüder den Geistlichen folgen. — Es fällt keinem von uns ein, sie in Glaubenssachen von der Achtung und dem Gehorsam den Geistlichen gegenüber abzulenken.

Jedoch, was hat das alles mit den Beratungen über die Lage unseres Vaterlandes, über seine Bedürfnisse, über die Rolle, welche das polnische Emigrantentum in dem Kampf um das Dasein und um die Unabhängigkeit Polens spielen soll, zu tun? Warum können die so zahlreichen Brüder nicht mit uns zusammen an der gemeinsamen Arbeit teilnehmen, uns Anweisungen und Fingerzeige erteilen und mit ihrem Einfluß an der Ausgestaltung der gemeinsamen, öffentlichen Meinung, in allen Fragen, die das Volk betreffen, tätig sein? Warum sollen diese Brüder an der Ausübung dieser schlichten, ehrbaren, bürgerlichen Pflichten nicht teilnehmen?

Aus dem Grunde vielleicht, weil ihnen der Geistliche X. oder W., oder gar die vier versammelten Geistlichen dies verboten haben? —

Diese Geistlichen aber sind auch nur Menschen und zwar schwache, fehlerhafte und gebrechliche Menschen, welche sich irren können und sich auch in weltlichen Angelegenheiten auf Schritt und Tritt irren. Warum soll ein Geistlicher das Privileg haben, in allen Sachen 30000 Menschen, seinen Mitbürgern, die ihm mit Ausnahme religiöser Fragen gleichgestellt sind, Befehle erteilen zu können?

Wir können das nicht recht begreifen und sind der Meinung, daß es viele unserer Brüder, aus dem sogenannten polnisch-katholischen Lager nicht begreifen werden können! „Daß sich die Mitglieder der polnisch-römisch-katholischen Vereinigung und verschiedener kleiner Organisationen auf den Befehl einiger Geistlichen von der ersten Probe der Einführung gemeinsamer und öffentlicher Zusammenkünfte, welche wir „nationale Kongresse“ nennen, fernhalten, wird von dem natürlichen Lauf der Sache gar nichts ändern können.

Der Kongreß wird unter Beteiligung der tüchtigsten Polen aus Europa und aus allen polnischen Kolonien in Amerika stattfinden, und die Beratungen werden ihren üblichen Lauf nehmen. Aus den Beratungen wird nicht nur die nationale Sache und das Emigrantentum Nutzen ziehen, sondern auch alle Teilnehmer des Kongresses, da sie einer vom anderen vieles lernen können.

Das Zurückweichen eines bestimmten Teils des Emigrantentums von dieser gemeinsamen und ehrbaren Arbeit wird ein Beweis dafür sein, daß hier nur der Bund allein auf nationaler Grundlage tätig ist, und daß jeder Pole, der auf dieser Grundlage arbeiten will, dem national-polnischen Bunde angehören muß, da ihm anderweitig die Teilnahme an solchen Arbeiten, auch wenn sie die besten sind, jedoch nicht das Glück haben, diesem oder jenem Geistlichen zu gefallen, von beliebigen Personen untersagt werden kann.

Merzbach'sche Buchdruckerei, Posen.